

PROTOKOLL

9. Sitzung des 54. Studierendenparlaments am 18.08.2022

-ÖFFENTLICHE FASSUNG-

Erstellt am: 20.08.2022
Geändert am: 12.09.2022
Beschlossen am: 17.10.2022
Bekanntgabe am: 26.10.2022

Inhalt:

Anwesenheitsliste	3
Verzeichnis der Anlagen	4
TOP 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	5
TOP 2. Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzungen	5
TOP 3. Festlegung der Tagesordnung	6
TOP 4. Bericht des SP-Sprechers und Anfragen	7
TOP 5. Bericht des AStA und Anfragen	8
TOP 6. Weitere Berichte	10
TOP 7. Wahl einer stellvertretenden AStA-Vorsitzenden	12
TOP 8. Umbesetzung von Ausschüssen	12
TOP 9. Einladung zum runden Tisch: Nachhaltigkeit im AStA	13
TOP 10. Neuausschreibung Kassenprüfer:innenstellen	14
TOP 11. Personal	14
TOP 12. Grundsatzdebatte Wohnheime und Sozialbeitrag 2023	15
TOP 13. Gremienberatung – Listenaufstellung Senatswahl	19
TOP 14. Plakatiertersituation	25
TOP 15. Verschiedenes	25

Anwesenheitsliste

Parlamentarier	Liste	Anwesend	Stellvertretung/Bemerkung
Koritnik, Angelina	GEWI	ja	anwesend bis 19.03 Uhr
Lysiak, Philip	GL	ja	
Böcker, Feo	GRAS	ja	anwesend bis 17.23 Uhr vertreten durch Adiyaman, Rene ab 17.38 Uhr
Rehberg, Sofie Marie	GRAS	nein	vertreten durch Gravendyk, Maximilian
Wegener, Robin	GRAS	ja	
Ali, Omar	IL	nein	vertreten durch Ciftci, Seyma Nur bis 15.12 Uhr
Demir, Hanife	IL	ja	anwesend bis 18.54 Uhr
Ince, Ugur	IL	ja	
Iqbal, Kiram	IL	nein	
Sahbaz, Zeynep	IL	nein	
Xhelili, Dea	IL	ja	anwesend bis 16.14 Uhr
Yalim, Irem	IL	nein	vertreten durch Moczygemba, Anna bis 18.10 Uhr
Yavuz, Emre	IL	ja	anwesend von 15.59 Uhr bis 19.23 Uhr
Yavuz, Eren Ertunc	IL	ja	anwesend bis 18.44 Uhr
Yildiz, Nurgül	IL	ja	anwesend von 17.12 Uhr bis 19.53 Uhr
Yilmaz, Yanki	IL	ja	anwesend bis 19.00 Uhr
Dilbas, Aselya	JUSOS	nein	vertreten durch Spanagel, Lara bis 16.39 Uhr
Gödde, Mika	LHG	nein	
Bandyk, Viviane	LiLi	nein	vertreten durch Lahsberg, Kai bis 19.45 Uhr
Linsel, Nick	LiLi	ja	anwesend bis 18.43 Uhr
Ünal, Emre	LiLi	ja	
Weber, Noah	LiLi	nein	vertreten durch Kranzmann, Lars bis 18.57 Uhr
Welsing, Lena	LiLi	nein	
Agethen, Ron	NAWI	ja	
Cremer, Tim	NAWI	ja	vertreten durch Gallert, Marc Patrick ab 16.40 Uhr
Demirci, Talha	NAWI	ja	
Handford, Henry	NAWI	ja	
Herden, Alexander	NAWI	nein	vertreten durch Jansen, Thorger
Krüger, Phillip Nico	NAWI	nein	vertreten durch Meinert, Hendrik
Reichert, Katrin	NAWI	ja	
Tilbürger, Elisabeth	NAWI	ja	vertreten durch Wolters, Alissa bis 17.00 Uhr
van der Linden, Inja	NAWI	ja	vertreten durch Gladkich, Melina bis 17.59 Uhr
Walkowiak, Patrick	NAWI	ja	
Käppel, Felix Christof	RCDS	ja	
Schwarz, Kara Luisa	REWI	nein	vertreten durch Sandmeier, Sophie bis 18.19 Uhr
Name	Liste		Rolle / Bemerkung
Haack, Marius			FSVK-Sprecher
Plassen, Sophie			Mitglied des AKAFÖ-Verwaltungsrates

Verzeichnis der Anlagen

Index	Anlage	Hinweis
01.	E-Mail von Patrick Walkowiak vom 08.08.2022 <i>20220808_MAIL_PWalkowiak_Einladung zur 9 Sitzung des 54 StuPa.pdf</i>	
02.	Einladung zur 9. Sitzung des 54. StuPa <i>20220808_EINLADUNG_SP-0954.pdf</i>	
03.	Änderungsanträge zum vorläufigen Protokoll der 8. Sitzung des 54. StuPa <i>20220818_MAIL_SRehberg_Änderungsanträge StuPaProtokoll VIII.pdf</i>	zu TOP 2
04.	Antwort auf Änderungsanträge zum vorläufigen Protokoll der 8. Sitzung des 54. StuPa <i>20220818_MAIL_FKaepfel_Änderungsanträge StuPaProtokoll VIII.pdf</i>	zu TOP 2
05.	Dringlichkeitsantrag zur Bereitstellung des Umfrageberichts nach geheimen Abstimmungen <i>20220812_ANTRAG_UInce_Bereitstellung des Umfrage Berichts nach geheimen Abstimmungen.pdf</i>	zu TOP 3
06.	Bericht des AStA-Vorsitzenden <i>20220818_BERICHT_RAgethen-AStA</i>	zu TOP 4
07.	Beschlussempfehlung: Neuausschreibung der Kassenprüfer:innenstellen durch den Haushaltsausschuss <i>hha_empfehlung_ausschreibung.pdf</i>	zu TOP 10
08.	E-Mail von Patrick Walkowiak zur geänderten Fassung des Antrages von Talha Demirci <i>20220817_MAIL_PWalkowiak_Geänderte Fassung Antrag TOP 13.pdf</i>	zu TOP 13
09.	Geänderte Fassung des Antrages zur Gremienberatung <i>20220817_ANTRAG_TDemirci_TOP13_neue_Fassung.pdf</i>	zu TOP 13

TOP 1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

5 Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) eröffnet die Sitzung um 14.15 Uhr und stellt nach § 12 Abs. 2 der Satzung in Verbindung mit § 14 Abs. 1 GO-SP die Beschlussfähigkeit des SP fest.

TOP 2. Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzungen

10 Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) verweist auf den zuvor durch den stellvertretenden Sprecher (Felix Käppel, RCDS) versandten Protokollentwurf zur 8. Sitzung vom 27.06.2022. Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) weist darauf hin, dass ihm bereits eine Änderung von Hendrik Meinert (NAWI) zugegangen ist, die er übernommen hat. Außerdem erklärt er, die von der vergangenen Sitzung angefertigte Aufnahme als Videoaufnahme per Zoom, würde von ihm nach der Genehmigung des Protokolls gelöscht werden. Diesbezüglich hätte er im Vorfeld der Sitzung bereits des
15 Datenschutzbeauftragten des AstA kontaktiert und mit diesem vereinbart, dass er nach der Genehmigung des Protokollentwurfs die Aufnahme unter Aufsicht des Datenschutzbeauftragten löschen werde und dieser anschließend eine schriftliche Bestätigung über den Vorgang ausstellen werde, um die ordnungsgemäße Löschung zu dokumentieren.

20 Nick Linsel (LiLi) weist darauf hin, der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) habe seine Äußerungen zur Geschäftsordnungsdebatte in den Zeilen 547ff. ohne die Verwendung von Gendersprache zitiert, während er sich sicher sei, diese in seiner Aussage verwendet zu haben. Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) weist darauf hin, die von Nick Linsel (LiLi) erwähnten Zeilen enthielten gar kein Zitat, sondern seien – wie der ganz überwiegende Teil des Protokolls – in der indirekten Rede gehalten. Bei der indirekten Rede sei es im Unterschied zum Zitat gerade
25 charakteristisch, dass der Protokollant in seinen eigenen Worten die ursprüngliche Aussage sinngemäß wiedergebe. Nick Linsel (LiLi) beantragt die Aufnahme der von ihm verwendeten gendersprachlichen Formulierungen in die gegenständliche Passage des Protokolls. Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) entgegnet, dass dies im Rahmen der indirekten Rede nicht erforderlich sei und zudem eine Protokollierung unter Berücksichtigung jeder individuellen Formulierung einen nicht vertretbaren Aufwand darstelle. Er bietet jedoch an, die von Nick Linsel (LiLi) bei seiner Aussage verwendete
30 Formulierung ihrem Wortlaut gemäß in das Protokoll einzufügen.

35 Feo Böcker (GRAS) weist darauf hin, die in den Zeilen 520 und 523 des Protokollentwurfs verwendeten Begriffe „Cis-Männer“ und „Finta-Personen“ würden jeweils ohne Bindestrich und als zwei getrennte Wörter geschrieben werden. Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) entgegnet, er habe bei einer kurzen Google-Suche beide Schreibweisen gefunden und bezweifle daher, dass tatsächlich nur eine der beiden diskutierten Schreibweisen korrekt sei.

40 Maximilian Gravendyk (GRAS) stellt in Vertretung der abwesenden Parlamentarierin Sofie Rehberg (GRAS) einen von dieser zuvor per E-Mail gestellten Änderungsantrag vor. Unter Berücksichtigung einer ebenfalls vor der Sitzung per E-Mail versandten Antwort des stellvertretenden Sprechers (Felix Käppel, RCDS) erklärt er, den ersten Teil des von Sofie Rehberg (GRAS) gestellten Änderungsantrags zurückzuziehen.

Nach einem erneuten Hinweis auf den dritten Antragsteil stimmt er dem Vorschlag des stellvertretenden Sprechers (Felix Käppel, RCDS) zu, die von diesem gewählten Formulierungen im Rahmen der indirekten Rede in den Zeilen 521 und 523 des Protokollentwurfs, ebenfalls durch direkte Zitate der Beiträge von Sofie Rehberg (GRAS) zu ersetzen.

45 Das Protokoll wird unter Berücksichtigung der beschriebenen Änderungen angenommen.

Im Anschluss an diese Entscheidung erklärt der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS), er habe in Reaktion auf Fragen nach der Rechtsgrundlage mit dem Datenschutzbeauftragten des AStA darüber geredet, dass der § 19 Abs. 2 GO-SP lediglich eine „Audioaufzeichnung“ vorsehe und deshalb Zweifel bezüglich dessen Tauglichkeit als Rechtsgrundlage für die Aufnahme von Sitzungen innerhalb von Zoom zum Zwecke der Protokollierung bestünden. Auf Basis dieses Gesprächs weist er darauf hin, die Rechtsgrundlage für die Videoaufnahme in Zoom sei nicht unmittelbar in der Geschäftsordnung zu finden, sondern liege seiner Ansicht nach in dem Erlaubnistatbestand des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit § 3 BDSG, welcher die Datenverarbeitung in Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder durch öffentliche Stellen zur Erfüllung deren Aufgaben gestatte. In diesem Kontext, so führt der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) weiter aus, sei die Befragung des § 19 Abs. 2 GO-SP als eine Erforderlichkeitsfeststellung durch das Parlament anzusehen – nicht aber als eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Aufnahme in Zoom. Diesem Hinweis schließt er die Bitte an das Parlament an, auch für diese Sitzung einer Videoaufnahme in Zoom zum Zwecke der präziseren Protokollierung zuzustimmen. Dem Antrag wird bei folgendem Ergebnis einstimmig stattgegeben:

60

22 Stimmen JA, 2 ENTHALTUNGEN

TOP 3. Festlegung der Tagesordnung

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt fest, dass ihm zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen. Da sich einer dieser Anträge keinem konkreten Punkt zuordnen ließe, sehe er in diesem eine Grundlage für die Einführung eines neuen Tagesordnungspunktes. Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt den per E-Mail versandten Antrag vor und verliest die Antragsbegründung.

Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) führt ergänzend zu der Antragsbegründung zu dem Hintergrund des Antrages aus, er sei von Ugur Ince (IL) in der Vergangenheit per E-Mail kontaktiert worden. Dieser habe ihm mitgeteilt, er habe Grund zu der Annahme, dass sich mit Zoom keine geheimen Umfragen durchführen ließen. Nach näherer Recherche durch den stellvertretenden Sprecher (Felix Käppel, RCDS) und eine Zoom-Konferenz mit Ugur Ince (IL) habe sich ergeben, dass Zoom zwar die Möglichkeit zu geheimen Abstimmungen biete, diese aber von der Auswahl einer Option abhängig sei, die Ugur Ince (IL) zufolge möglicherweise nicht allen Verantwortlichen in Gremien der Studierendenschaft bekannt sei. Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) berichtet weiter, er habe daraufhin eine Mitteilung mit einer Beschreibung des Problems und der Lösung an die Kontaktadressen verschiedener studentischer Gremien versendet, um schnellstmöglich auf die Problematik aufmerksam zu machen. Bezüglich der Arbeit des SP fügt er hinzu, dass zumindest die bisher in der Amtszeit des Sprechers (Patrick Walkowiak, NAWI) und stellvertretenden Sprechers (Felix Käppel, RCDS) durchgeführten geheimen Abstimmungen innerhalb von Zoom auch tatsächlich unter Verwendung der entscheidenden Option durchgeführt worden seien.

Bezogen auf den konkreten Antrag von Ugur Ince (IL) gibt er zu bedenken, die dort geforderte Einbeziehung der über Zoom exportierbaren Abstimmungsberichte in zukünftige Sitzungsprotokolle zum Nachweis der tatsächlichen Anonymität von geheimen Abstimmungen sei insofern ineffektiv, als dass die exportierbaren Berichtsdateien keinerlei Schutz vor nachträglicher Bearbeitung böten. In einem hypothetischen Szenario, in dem ein Gremienleiter bewusst und unter Verletzung seiner Amtspflichten eine anonyme Abstimmung nur vortäusche aber die notwendigen technischen Vorkehrungen bewusst nicht treffe, um das Abstimmungsverhalten von Einzelpersonen nachvollziehen zu können, gebe es daher keinerlei Garantie, dass derselbe Gremienleiter den automatisch generierten Abstimmungsbericht nachträglich manipuliert und eine veränderte Datei an ein Sitzungsprotokoll anhänge um seine pflichtwidrige Handlung zu verschleiern. Alternative Vorgehensweisen – etwa unter Einbeziehung des Datenschutzbeauftragten des AStA – habe der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) im Vorfeld der Sitzung erwogen aber als nicht praktikabel verworfen. Aus seiner Sicht erfordere die von Ugur Ince (IL) in dessen Antrag beleuchtete Situation ein normales Maß an Vertrauen in die Pflichterfüllung von verantwortlichen Amtsträgern, wie sie ja auch bei der Weitergabe von E-Mail-Adressen an die Sprecher des SP notwendig sei. Abschließend plädiert der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) aus diesen Gründen für eine Nichtbefassung mit dem bzw. Ablehnung des Antrags.

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) schließt sich den Ausführungen des stellvertretenden Sprechers (Felix Käppel, RCDS) an und ergänzt, dass der gegenständliche Antrag keine spezifischen Regelungen für den Fall einer versehentlich nicht anonymisierten Abstimmung innerhalb von Zoom vorsehe. In diesem Fall mache der Antrag eine Preisgabe des – eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmten – individuellen Abstimmungsverhaltens von Gremienmitgliedern unvermeidlich, was dem Schutzzweck der vorgeschlagenen Vorgehensweise vollkommen widerspreche.

Robin Wegener (GRAS) verweist auf die Arbeitspraxis in vergangenen Legislaturperioden, in denen man im SP auf die Durchführung von geheimen Abstimmungen innerhalb von Zoom einfach verzichtet hätte und diese geheimen Abstimmungen – falls nötig – zu mehreren auf Präsenzsitzungen durchgeführt habe. Für die Zukunft schlägt er vor, die Nutzung eines Programmes in Betracht zu ziehen, welches insbesondere für die Durchführung von geheimen Abstimmungen zertifiziert sei.

Ugur Ince (IL) zieht den Antrag zurück. Dazu äußert er sich wörtlich wie folgt: „Soweit über die Problematik aufgeklärt wurde (wie nun passiert), ziehe ich den Antrag zurück. Ich bitte allerdings darum, dass die Problematik protokolliert wird. Vielen Dank.“

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) legt die zuvor versandte Tagesordnung daher in unveränderter Form des SP zur Annahme vor. Mangels Widerspruches erklärt er die Tagesordnung gemäß § 15 Abs. 1 GO-SP für beschlossen.

TOP 4. Bericht des SP-Sprechers und Anfragen

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) weist vorab auf die Möglichkeit hin, Anträge über die dafür eingerichtete Funktionalität innerhalb des Moodle-Kurses einzureichen. Dies biete den Vorteil einer automatischen Zuleitung der Anträge an die erforderlichen Empfänger.

Zu den Bekanntmachungen der in der Vergangenheit beschlossenen Rechtsnormen – namentlich der Sozialbeitragsordnung, der Satzung und der Geschäftsordnung der Studierendenschaft – verkündet er, die geänderte Sozialbeitragsordnung sei bereits wenige Tage vor der SP-Sitzung vom Rektorat als Amtliche Bekanntmachung veröffentlicht worden. Die Geschäftsordnung werde voraussichtlich in Kürze veröffentlicht, nachdem Details im Normkopf und an der Formatierung geändert werden mussten. Die Änderungen der Satzung stünden allerdings vor größeren Hürden, da es hier zu Konflikten in der Benennung von Paragraphen mit vorherigen Satzungsänderungen gebe. Diesbezüglich erwähnt er eine Rückmeldung von Frau Ackmann aus dem Justizariat der Ruhr-Universität.

Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) ergänzt den Vortrag des Sprechers (Patrick Walkowiak, NAWI) und nennt beispielhaft einige der Probleme, welche bislang zu einer Verzögerung der Veröffentlichung von Sozialbeitragsordnung und Geschäftsordnung geführt hätten. In diesem Kontext räumt er ein, sowohl der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) als auch er selbst hätten sich eine schnellere Veröffentlichung der Dokumente gewünscht, hätten aber seit der ursprünglichen Einreichung immer wieder im Austausch mit den zuständigen Stellen gestanden, um die verschiedenen – für sich genommen eher kleinen – formalen Mängel der ursprünglichen Dokumente schnellstmöglich zu beheben. Er bestätigt die Ankündigung des Sprechers (Patrick Walkowiak, NAWI) und berichtet, er habe vonseiten des Justiziariats bereits das grüne Licht für die Veröffentlichung der neuen Geschäftsordnung erhalten, sodass diese nun unmittelbar bevorstände.

Hinsichtlich der jüngsten Satzungsänderungen fasst er die bisherigen Anmerkungen des Justiziariats dahingehend zusammen, dass dort Zweifel bestünden, ob Teile der beschlossenen Änderungen die Bestimmungen der neuen Fassung von § 53 Abs. 4 HG NRW gesetzeskonform umsetze. Bezüglich dieser Einwände habe der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) bereits mit Frau Ackmann aus dem Justizariat gesprochen. Mit Blick in die Zukunft halte er es für wahrscheinlich, dass die korrekte Umsetzung von § 53 Abs. 4 HG NRW eine nach Gremien der Studierendenschaft differenzierte Regelung innerhalb der Satzung erforderlich mache. Er versichert den Parlamentariern jedoch, der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) und er arbeiteten bereits aktiv an der Lösung dieser Situation.

145 Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) weist im Rahmen seines Berichtes erneut auf die vom stellvertretenden Sprecher (Felix Käppel, RCDS) versandte Mitteilung an das SP, den AStA, die FSVK und die FSRe hin, in welcher dieser auf die notwendigen Einstellungen zur Durchführung anonymer Abstimmungen innerhalb von Zoom hingewiesen habe.

150 Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) informiert die Anwesenden über Veränderungen auf der Webseite des SP. So habe er zu den bisher von ihm angefertigten Protokollen jeweils nichtamtliche barrierefreie Versionen zum Abruf bereitgestellt. Die Einstellung unterschiedlicher Versionen sei leider bei den Protokollen nötig, welche in ihrer ursprünglichen Version Anhänge enthielten, die nicht barrierefrei seien. Dennoch betont er, dass auf diese Weise wenigstens der Verlauf der Sitzungen barrierefrei nachvollziehbar sei. Nichtamtliche Lesefassungen habe er ebenfalls zu der geänderten Sozialbeitragsordnung, zur geänderten Geschäftsordnung und zur geänderten Satzung auf 155 der Webseite veröffentlicht, damit diese Dokumente schon in der Zwischenzeit bis zur amtlichen Bekanntmachung allen Interessierten zur Verfügung stünden. Zusätzlich habe er der Webseite des SP eine Seite hinzugefügt, auf der über den neu eingerichteten Moodle-Kurs des SP informiert würde. Abschließend berichtet er, er arbeite derzeit an Antragsformularen, welche zukünftig als Vorlagen auf 160 der Webseite des SP zur Verfügung stehen sollten. Er drückt seine Hoffnung aus, diese Formulare könnten nicht nur die Bearbeitung der Anträge vereinfachen, sondern auch den gegenwärtigen und zukünftigen Parlamentariern die Antragsarbeit und die Einhaltung der dabei zu beachtenden Formvorschriften erleichtern.

165 Im Hinblick auf den Auftritt des SP in den Sozialen Medien erklärt der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS), er habe derzeit einen regelmäßigen Workflow adaptiert, jeweils parallel zur Sitzungseinladung und nach einer Sitzung des SP einen Beitrag zu veröffentlichen, der zunächst auf den Termin der Sitzung aufmerksam mache und im Nachgang über die wichtigsten Beschlüsse der jeweiligen Sitzung informiere.

170 Auf Anregung von Robin Wegener (GRAS) sagt der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) zu, er wolle zukünftig auch nach Möglichkeit besondere inhaltliche Debatten auf Sitzungen des SP in den Beiträgen erwähnen.

175 Thorger Jansen (NAWI) weist darauf hin, dass die auf der Seite des SP aufgelisteten Kontaktverknüpfungen im Footerbereich der der Webseite nicht funktionieren würden. Dort würde jeweils eine Fehlermeldung ausgegeben werden. Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) dankt Thorger Jansen (NAWI) für den Hinweis und kündigt an, den Fehler zeitnah zu beheben. Zusätzlich verweist er auf die bereits bestehende Kontaktmöglichkeit zu den Sprechern des SP über den Menüeintrag „STUPA → SPRECHER DES STUDIEREDENPARLAMENTS“ wo sich die E-Mail-Adressen der beiden Sprecher finden ließen.

TOP 5. Bericht des AStA und Anfragen

Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) berichtet.

180 Für den Bericht: siehe Anlage

185 Lars Kranzmann (LiLi) dankt dem Vorsitzenden des AStA (Ron Agethen, NAWI) für seinen Bericht und weist angesichts der Mieterhöhungen in den Wohnheimen des AKAFÖ darauf hin, der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) sei in der Vergangenheit im Haushaltsausschuss gebeten worden, in Erfahrung zu bringen, wie das AKAFÖ mit Studenten umzugehen gedenke, welche sich die Mieterhöhungen in den Wohnheimen nicht leisten könnten. Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) berichtet, diese Frage habe er im Gespräch mit den Vertretern des AKAFÖ gestellt. Dabei sei ihm gesagt worden, das AKAFÖ plane einen betont kulanten Umgang mit derartigen Fällen und sei bereit, bei mangelnder Liquidität einzelner Mieter mit Maßnahmen wie möglicher Ratenzahlung zu arbeiten, um soziale Härten zu vermeiden. Insbesondere sei das AKAFÖ nicht daran interessiert, in 190 derartigen Fällen umgehend Kündigungen auszusprechen. Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) betont jedoch, dass in solchen Fällen eine proaktive Ansprache des AKAFÖ durch eventuell

195 betroffene Studenten notwendig sei. Nur wenn Studenten das AKAFÖ auf ihre finanzielle Notlage aufmerksam machten, könnte das AKAFÖ mit den betroffenen Personen eine Lösung finden. Zusätzlich weist er auf die bestehenden Hilfsfonds hin, aus denen Studenten in finanziellen Notlagen Mittel beziehen könnten und betont gleichzeitig, der AStA werde das Auftreten derartiger Fälle im Blick behalten.

200 Maximilian Gravendyk (GRAS) nimmt Bezug auf die vom Vorsitzenden des AStA (Ron Agethen, NAWI) in seinem Bericht erwähnten Gespräche mit anderen AStAen und fragt, ob Ergebnisprotokolle dieser Gespräche veröffentlicht worden seien oder ob eine Veröffentlichung solcher Protokolle geplant sei. Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) erklärt, die bisher stattgefundenen und von ihm erwähnten Gespräche hätten bisher eher dem Kennenlernen gedient und keine relevanten Beschlüsse oder Vereinbarungen mit Außenwirkung gehabt. Für die Zukunft sei eine weitergehende Zusammenarbeit und eventuelle Durchführung gemeinsamer Projekte mit anderen AStAen geplant, über die selbstverständlich eine öffentliche Dokumentation geplant sei.

205 Feo Finn Böcker (GRAS) fragt nach der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages des derzeitigen AStA. Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) sagt diese Veröffentlichung zu und erklärt, dass die gemeinsame Zielsetzung des amtierenden AStA bislang noch in bestimmten Detailfragen offen gewesen sei. Da in diesen Fragen nun aber eine Einigung erreicht sei, würden die langfristigen Zielsetzungen des AStA in Form eines Formulars innerhalb der nächsten Wochen zur Verfügung gestellt werden.

210 Lars Kranzmann (LiLi) fragt nach den Ergebnissen der Nachhaltigkeitsberichterstattung, welche ihm zufolge in der Vergangenheit für das Ende des Sommersemesters 2022 angekündigt worden seien. Tim Cremer (NAWI) erklärt, dass diesbezügliche Fragen im Rahmen des TOP 9 beantwortet würden.

215 Maximilian Gravendyk (GRAS) fragt unter Bezugnahme auf einen Beschluss des AStA, nach dem ihm zufolge ein Betrag in Höhe von 9000€ für eine neue Folierung der gläsernen AStA-Räumlichkeiten auf dem Campus eingeplant worden sei, ob der Betrag tatsächlich in voller Höhe für die bereits durchgeführte Folierung des „Gaminghubs“ aufgewendet worden sei? Weiterhin möchte er wissen, aus welchen einzelnen Posten sich dieser Betrag zusammensetzt.

220 Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) gibt an, er habe zwar die genauen Informationen über die Teilbeträge im Zusammenhang mit der Folierung des Gaminghubs nicht griffbereit, vermutet aber, tatsächlichen Kosten der bisher durchgeführten Arbeiten in dieser Angelegenheit noch unter dem Betrag von 9000€ lägen. Zudem umfasse der per Beschluss eingeplante Betrag die voraussichtlich anfallenden Kosten für Materialeinkauf, Verarbeitung und Arbeitsaufwand. Er bietet an, die genauen Zahlen nachzureichen.

225 Maximilian Gravendyk (GRAS) fragt weiter nach den Gründen für die vom AStA beschlossene neue Folierung des „Gaminghubs“ und erwähnt in diesem Zusammenhang auch, dass die Fensterfront dieser Einrichtung nun aus Milchglas bestünde, was einen Einblick in die Räumlichkeiten von außen unmöglich mache.

230 Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) begründet den Austausch der zuvor bestehenden Folierung damit, dass die zuvor an der gläsernen Fassade angebrachte Folierung das Logo und den Namen des zuvor dort untergebrachten Unternehmens aufgewiesen habe und deshalb nicht für den Betrieb des neuen „Gaminghubs“ verwendet werden könne.

235 Talha Demirci (NAWI) fügt hinzu, der Betrag von 9000€ sei für die Folierung der beiden nebeneinandergelegenen gläsernen Räumlichkeiten auf dem Universitätsforum eingeplant worden und nicht nur für den neuen „Gaminghub“. Den Einsatz von Milchglas begründet er damit, dass zum einen die in den Räumlichkeiten befindlichen Lager von außen möglichst nicht einsehbar gemacht werden sollten, um auf diese Weise das Risiko von Einbruchsdiebstählen zu verringern. An den Fenstern des „Gaminghub“ habe man sich für den Einsatz von Milchglas entschieden, da eine hohe Sonneneinstrahlung von außen die Sichtbarkeit der Bildschirminhalte negativ beeinträchtigen könne. Beim „Repaircafé“ und der Fahrradwerkstatt sei dagegen das vorhandene Klarglas belassen worden, da hier die Einsicht von Passanten explizit erwünscht sei.

240

Auf erneute Rückfrage von Maximilian Gravendyk (GRAS) bestätigt Talha Demirci (NAWI), dass auch die Entfernung des derzeit noch über der Folierung des „Gaminghub“ sichtbaren Logos eines zuvor dort angesiedelten Unternehmens entfernt werden solle.

245 Ugur Ince (IL) stellt folgende Anfrage über den Chat: „„Könnt ihr die Website aktualisieren?“, z.B. Merve Kücükoyuncu steht weiterhin als Referent:in auf der Website. Wäre cool, wenn ihr die Website nochmal überprüfen könntet. Danke“ und weiter „Die service E-Mail vom AStA funktioniert auch nicht etc. und leider ist das bei vielen E-Mails so :-).“

Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) bedankt sich bei Ugur Ince (IL) für den Hinweis und sagt zu, diesen weiterzugeben.

250 Maximilian Gravendyk (GRAS) fragt den Vorsitzenden des AStA (Ron Agethen, NAWI) nach der derzeitigen Besetzung der Stellen in der Redaktion der :bsz. Dieser gibt an, derzeit seien alle Stellen innerhalb der Redaktion besetzt, fügt jedoch ergänzend hinzu, dass eine der derzeit beschäftigten Personen nach seinem Kenntnisstand in Kürze aus der Redaktion ausscheiden werde. Sobald dieser Austritt erfolgt sei, werde die dann frei gewordene Stelle umgehend ausgeschrieben.

255 Robin Wegener (GRAS) schlägt vor, einen Leitfaden für die Bildung von Wohnheimräten zu erstellen, um die Gründung dieser Organe zukünftig zu vereinfachen. Tim Cremer (NAWI) wirft ein, derzeit seien mit Ausnahme des Wohnheimes „Siepenfeld“ Wohnheimräte an allen ihm bekannten Wohnheimen in Existenz. Der von Robin Wegener (GRAS) vorgeschlagene Leitfaden sei bereits vorhanden. Sofern Einzelpersonen zu diesem Leitfaden weitere Fragen hätten, könnten diese durch Rückfrage bei der
260 Wohnheimrunde beantwortet werden.

TOP 6. Weitere Berichte

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) erinnert die Anwesenden daran, dass für sonstige Berichte unter diesem TOP eine vorherige Anzeige des Berichtsbedarfs erbeten wird. Weiter stellt er fest, dass die studentischen Vertreter der Ruhr-Universität im AKAFÖ-Verwaltungsrat, David Seminowicz und Sophie Plassen, zu diesem TOP von ihm eingeladen worden seien. David Seminowicz habe erklärt, er
265 befinde sich zum Zeitpunkt der SP-Sitzung im Urlaub und habe dem Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) für die Sitzung einen schriftlichen Bericht zugesandt. Sophie Plassen sei bereits in der Konferenz anwesend und stünde ebenfalls für einen Bericht und eventuelle Rückfragen zur Verfügung.

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) fasst den von David Seminowicz vorgelegten Bericht
270 mündlich zusammen. Dieser wird dem Protokoll als Anlage X angehängt.

Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) weist die Anwesenden auf den von ihr angesetzten „Informelle[n] Austausch – Wohnheimsituation“ am 29.08.2022 hin und erklärt, dass dieser eine Woche vor der nächsten Sitzung des AKAFÖ-Verwaltungsrates läge, sodass sie die Möglichkeit habe, die Ergebnisse dieses Treffens auf der Sitzung anzusprechen.

275 Hendrik Meinert (NAWI) erinnert an eine Aussage von ihm auf einer früheren Sitzung des SP. Damals habe er Hinweise aus der Studierendenschaft wiedergegeben, nach denen angeblich die Rabatte in den Cafeterien des AKAFÖ auf verderbliche Produkte kurz vor Verkaufsschluss nicht mehr gewährt würden. Den Anwesenden teilt Hendrik Meinert (NAWI) den Inhalt einer Antwort mit, die er
280 zwischenzeitlich von David Seminowicz (AKAFÖ-Verwaltungsrat) erhalten habe. Dieser habe ihm schriftlich mitgeteilt, die Rabatte vor Verkaufsschluss, deren ursprünglicher Zweck die Vermeidung von Abfällen gewesen sei, hätten stellenweise dazu geführt, dass viele Studenten ihre Einkäufe in den Cafeterien gezielt innerhalb der Zeiträume tätigen, in denen Vergünstigungen zu erwarten seien. Als Reaktion auf dieses Phänomen werde zukünftig eine flexibilisierte Bepreisung von verderblichen Lebensmitteln zum Einsatz kommen, nach der Preise von bestimmten Produkten dann gesenkt würden,
285 wenn kurz vor Verkaufsschluss noch eine größere Menge des jeweiligen Produktes vorhanden sei. Weiterhin würde das AKAFÖ derzeit prüfen, ob es mit dem Unternehmen „To Good To Go“ kooperieren solle, um die Verschwendung von Lebensmitteln künftig weiter zu reduzieren.

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) erwähnt, David Seminowicz (AKAFÖ-Verwaltungsrat) habe ihm mitgeteilt, er stünde für die Beantwortung von Fragen per Mail zur Verfügung.

290 Tim Cremer (NAWI) erinnert ebenfalls an eine Aussage, die er auf einer früheren Sitzung getroffen habe. Damals habe er berichtet, man könne in Cafeterien des AKAFÖ ab 14.30 Uhr nichts mehr kaufen. Angesichts dieser Erfahrung bringt er seine Verwunderung über die zuvor von Hendrik Meinert (NAWI) vorgetragene Erklärung David Seminowiczs (AKAFÖ-Verwaltungsrat) zum Ausdruck. Weiterhin führt er aus, in der Vergangenheit habe man zwischen 15.30 Uhr und 16.00 Uhr in den Cafeterien des AKAFÖ
295 bestimmte Lebensmittel vergünstigt kaufen können. Demgegenüber sei ihm kürzlich beim Besuch von Cafeterien des AKAFÖ mitgeteilt worden, Lebensmittel müssten schon um 14.30 Uhr aus Gründen der Hygiene weggeworfen werden.

Auf Rückfrage von Felix Käppel (RCDS) präzisiert Tim Cremer (NAWI) ihm sei mehrfach von Mitarbeitern in einer Cafeteria mitgeteilt worden, verderbliche Lebensmittel müssten um 14.30 Uhr
300 entsorgt werden. Dies führe aus seiner Sicht dazu, dass viele Lebensmittel im Zeitraum, in dem sie früher vergünstigt angeboten worden wären, vermutlich bereits weggeworfen worden seien.

Felix Käppel (RDCS) zeigt sich verwundert über die Aussage von Tim Cremer (NAWI) und fragt, ob er diese Erfahrung in einer Cafeteria gemacht habe, die überhaupt bis 16.00 Uhr geöffnet habe, was er bejaht. Daraufhin stellt Felix Käppel (RCDS) fest, diese Aussage stünde im Widerspruch zu der zuvor
305 von Hendrik Meinert (NAWI) vorgetragenen Auskunft von David Seminowicz (AKAFÖ-Verwaltungsrat). Er pflichtet dem Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) bei, der darauf hinweist, der aufgezeigte Widerspruch solle zunächst von David Seminowicz (AKAFÖ-Verwaltungsrat) und Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) durch weitere Rückfragen an das AKAFÖ aufgeklärt werden, da eine Diskussion auf Basis reiner Spekulation im SP nicht zielführend sei.

310 Dea Xhelili (IL) berichtet über die Implikationen der sog. Energiepauschale für die SHK an der Ruhr-Universität. Auf Anfrage beim Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) habe sie erfahren, diejenigen SHK, welche den Steuerklassen I-V zuzuordnen seien, bekämen im September automatisch eine Pauschalzahlung in Höhe von 300€ überwiesen. Diejenigen SHK, welche der Steuerklasse VI oder einer Pauschalbesteuerung unterlägen, würden planmäßig ein Schreiben des LBV erhalten, in welchem
315 sie aufgefordert würden, zu bestätigen, dass es sich bei der Anstellung als SHK um das erste Dienstverhältnis handele. Schlussendlich bestünde für Studenten, welche im Jahr 2022 bereits erwerbstätig gewesen seien, dies aber nicht mehr im September seien, die Möglichkeit, die sog. Energiepauschale im Wege einer Steuererklärung erstattet zu bekommen.

Auf Nachfrage durch Hendrik Meinert (NAWI) ergänzt Dea Xhelili (IL), die beschriebenen Abläufe
320 sollten auch auf Wissenschaftliche Mitarbeiter Anwendung finden.

Robin Wegener (GRAS) berichtet für die Studentische Senatsfraktion über die Ergebnisse der vergangenen Senatssitzung am 14.07.2022. Derzeit werde vonseiten der Universität ein vierstufiger sog. „Abschaltplan“ entwickelt, um auf eine Reduktion oder einen Ausfall der Gasversorgung vorbereitet zu sein. Er betont in diesem Zusammenhang, dass ein solcher Ausfall derzeit nicht als wahrscheinlich gelte,
325 man aber dennoch vorsichtshalber für einen solchen Fall gewappnet sein wolle. Den Überlegungen in diesem Kontext werde ein Wintersemester im Präsenzbetrieb zugrunde gelegt. Zwar habe die Bundesregierung kürzlich für den Winter erneut eine Grundlage für potenzielle Einschränkungen des Hochschulbetriebes geschaffen, dennoch rechne die Prorektorin für Lehre, Frau Dr. Freitag, zumindest anfänglich mit einem Präsenzbetrieb im Wintersemester 2022 / 2023.

330 Hinsichtlich der geplanten Mittelverteilung aus dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre“ berichtet Robin Wegener (GRAS), die Studentische Senatsfraktion habe sich zuletzt insbesondere für eine Beibehaltung der in der Vergangenheit angewandten Mittelvergabe an die Fakultäten ausgesprochen, nach der Fakultäten Gelder für jeden Studenten innerhalb der 1,5-fachen-Regelstudienzeit erhalten hätten. Dies solle nun nur noch im Zeitraum der Regelstudienzeit zuzüglich zwei Semester gelten.

335 Über den Chat fragt Ugur Ince (IL): „Frage an Robin und Clara bzw. den Senat: Ist irgendwann ein erstes Treffen der neuen Senatsfraktion geplant? Bis jetzt kam da nichts und auch im Austausch mit

Hendrik und Esra, wurde keiner von uns schlau.“ Robin Wegener (GRAS) antwortet, die Senatsfraktion treffe sich jeden zweiten und vierten Freitag im Monat. Der nächste Termin sei der 26.08.2022. Zu diesem solle auch Ugur Ince (IL) eingeladen werden.

340 Robin Wegener (GRAS) ergänzt weiterhin, die Ruhr-Universität befände sich insgesamt in einer Konsolidierungsphase, da die Gesamtmittel, welche aus dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre“ zu erwarten seien, mit ca. 35.000.000€ deutlich hinter den bisher verfügbaren Mitteln aus dem „Hochschulpakt III“ von ca. 40.000.000€ zurückblieben. In Antizipation dieser Mindereinnahmen seien derzeit zwei Arbeitskreise auf universitärer Ebene mit der Identifikation von Einsparmöglichkeiten befasst. Im Gespräch seien derzeit etwa eine Evaluierung des Fuhrparks der Universität sowie geteilte Nutzung von Schreibtischen und/oder Büroräumen. Auch die Außenliegenschaften der Ruhr-Universität seien Robin Wegener (GRAS) zufolge von beträchtlichem Wert und könnten im Zuge der notwendigen Einsparungen einer Überprüfung unterzogen werden.

350 Ergänzend verweist Robin Wegener (GRAS) auf eine Studie, welche kürzlich vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen vorgestellt worden sei. Diese komme zu dem Ergebnis, dass jeder Euro, welcher in die universitäre Bildung investiert werde, im Durchschnitt einen ökonomischen Nutzen von vier Euro hervorbringe. Dieses Ergebnis gebe aus seiner Sicht Rückenwind für Forderungen nach höheren Investitionen auf Landesebene.

355 Patrick Walkowiak (NAWI) erwähnt einschränkend, dass die von Robin Wegener (GRAS) erwähnte Feststellung der Studie nicht bedeute, dass der ermittelte Faktor von eins zu vier nicht durch Einsparungen erhöht werden könne.

TOP 7. Wahl einer stellvertretenden AStA-Vorsitzenden

Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) schlägt Navid Heshmati (IL) zur Wahl vor.

360 Ugur Ince (IL) beantragt gemäß § 17 Abs. 4 lit. m GO-SP die geheime Wahl. Dem Antrag wird gemäß § 18 Abs. 4 GO-SP stattgegeben.

Navid Heshmati (IL) wird bei folgendem Ergebnis zum stellvertretenden AStA-Vorsitzenden gewählt:

20 Stimmen JA, 2 Stimmen NEIN, 4 Stimmen ENTHALTUNG
--

TOP 8. Umbesetzung von Ausschüssen

370 Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) stellt fest, ihm liege ein Antrag von Kai Lashberg (LiLi) vor, der die Besetzung des Ökologieausschusses durch die Vertreter der Linken Liste in folgender Weise verändere:

| Ersetze Finn Suttrup durch Kai Lashberg

370 Hanife Demir (IL) beantragt, die Umbesetzung mehrerer Ausschüsse. Konkret beantragt sie, die Besetzung des Hauptausschusses durch die Vertreter der Internationalen Liste in folgender Weise zu verändern:

| Ersetze Ugur Ince durch Eren Yavuz

Zudem beantragt sie, die Besetzung des Haushaltsausschusses durch die Vertreter der Internationalen Liste in folgender Weise zu verändern:

375 | Ersetze Jan Luis Engel durch Cansu Özbektas
| Entsende Irem Yalim als vertretendes Mitglied

Zudem beantragt sie, die Besetzung des Satzungsausschusses durch die Vertreter der Internationalen Liste in folgender Weise zu verändern:

380 | Ersetze Ugur Ince durch Hanife Demir
Zudem beantragt sie, die Besetzung des Wahlausschusses durch die Vertreter der Internationalen Liste in folgender Weise zu verändern:

385 | Ersetze Nurgül Yildiz durch Irem Yalim
Ersetze Ugur Ince durch Zeynep Sahbaz
Ersetze Dea Xhelili durch Hanife Demir
Entferne Taban Abas als vertretendes Mitglied
Zudem beantragt sie, die Besetzung des Ökologieausschusses durch die Vertreter der Internationalen Liste in folgender Weise zu verändern:

390 | Ersetze Nurgül Yildiz durch Dea Xhelili
Entferne Ugur Ince als Mitglied
Entferne Kiram Iqbal als vertretendes Mitglied
Die Umbesetzungen der Ausschüsse werden nach Abstimmung bei folgendem Ergebnis angenommen:

27 Stimmen JA

TOP 9. Einladung zum runden Tisch: Nachhaltigkeit im AStA

395 Tim Cremer (NAWI) berichtet von der geplanten Einberufung eines runden Tisches zum Thema Nachhaltigkeit im AStA. Dieser solle zunächst allen Interessierten offenstehen und eine große Spannweite an Themen behandeln. Anschließend soll die auf diese Weise angestoßene Diskussion in einer Sitzung des Ökologieausschusses weitergeführt werden. Zur Terminfindung können Interessierte eine E-Mail schreiben und bekommen anschließend eine Einladung zur Teilnahme an einer „Doodle“-
400 Umfrage. Auch Themenvorschläge könnten zuvor per Mail an die Adresse nachhaltigkeit@asta-bochum.de eingereicht werden.

405 Robin Wegener (GRAS) fragt, ob eine Kooperation mit dem Nachhaltigkeitsbüro der Ruhr-Universität geplant sei und ob zu den von Tim Cremer (NAWI) erwähnten Veranstaltungen auch Personen aus der „Klima-Gerechtigkeits-Bubble“ eingeladen werden sollten. Tim Cremer (NAWI) antwortet, die Veranstaltungen stünden allen Personen offen und würden jeweils in einer öffentlichen Einladung angekündigt. Hinsichtlich des Nachhaltigkeitsbüros der Ruhr-Universität gibt Tim Cremer (NAWI) an, eine Zusammenarbeit sei zwar aus seiner Sicht wünschenswert, allerdings halte er eine solche Kooperation auf Basis früherer Erfahrungen mit der Arbeit des Nachhaltigkeitsbüros und persönlichen Berichten von ehemaligen Mitarbeitern dieser Einrichtung nicht für wahrscheinlich. Bei Anfragen in
410 der Vergangenheit bezüglich anderer Angelegenheiten, habe er von dem Büro regelmäßig wenig Hilfe erhalten. Ein Informationsaustausch mit dem Nachhaltigkeitsbüro finde vonseiten des Ökologiereferates des AStA bereits regelmäßig statt. Auch für die geplanten Veranstaltungen solle das Nachhaltigkeitsbüro eingeladen werden.

415 Robin Wegener (GRAS) erklärt, die von Tim Cremer (NAWI) wahrgenommene mangelnde Effektivität des Nachhaltigkeitsbüros sei aus seiner Sicht primär in einem Mangel an personeller Ausstattung begründet.

Kai Lahsberg (LiLi) fragt nach dem Verhältnis des geplanten Runden Tisches zu dem Ende des Jahres 2021 eingerichteten Ökologieausschuss. Insbesondere möchte er wissen, ob dieser Ausschuss in der Vergangenheit bereits getagt habe.

420 Tim Cremer (NAWI) stellt klar, der Ökologieausschuss habe bislang noch nicht getagt, da sich ihm in der Vergangenheit noch kein spezifischer Grund präsentiert habe, der eine Einberufung einer Sitzung

des Ausschusses erforderlich gemacht hätte. Zudem sei auch seit der Einrichtung dieses Gremiums noch niemand mit einer Bitte nach Einberufung einer Sitzung an ihn herangetreten. Dies habe sich spätestens durch die anstehende Veröffentlichung des Nachhaltigkeitsberichtes geändert. Aus seiner Sicht sollten Gremiensitzungen möglichst nach Bedarf tagen und nicht um ihrer selbst willen zusammentreten.

425 Kai Lahsberg (LiLi) kritisiert Tim Cremer (NAWI) dahingehend, dass das von diesem zuvor beschriebene Verständnis bzw. die geäußerten Beweggründe für die bisherige Nichteinberufung des Ökologieausschusses, den anderen Mitgliedern des Gremiums nicht mitgeteilt worden sei, da es keine konstituierende Sitzung des Ökologieausschusses gegeben habe.

430 Talha Demirci (NAWI) entgegnet Kai Lahsberg (LiLi), eine konstituierende Sitzung des Ausschusses habe stattgefunden. Die nun geplante Einberufung stelle zudem eine schnelle Reaktion auf die erste Anfrage nach einer Sitzung des Gremiums seit dessen Konstituierung dar. In der Vergangenheit sei lediglich in einem Fall über die Notwendigkeit einer Sitzung des Ausschusses geredet worden. Der damalige Vorschlag, den Ökologieausschuss mit der Evaluation der regelmäßigen Druckauflage der :bsz zu befassen, sei aber von vielen Parlamentariern explizit abgelehnt worden.

440 Tim Cremer (NAWI) fügt, indem er Bezug auf die von Kai Lahsberg (LiLi) geäußerte Kritik nimmt, hinzu, dass er zwar bei vergangenen Beratungen des SP hinsichtlich ökologischer Themen stets zugehört habe, diese aber häufig direkt bei seiner Arbeit im Ökologiereferat des AStA berücksichtigt habe, sodass eine zusätzliche Befassung des Ökologieausschusses mit dem Thema aus seiner Sicht nicht nötig gewesen sei.

445 Ugur Ince (IL) stellt im Chat eine Frage an Tim Cremer (NAWI): „Inwiefern wird der Ökologieausschuss des StuPa auch mitwirken? Die Leitung hast du, laut StuPa Homepage inne und bis jetzt hat dieser noch nicht getagt. Das wäre doch eine gute Möglichkeit diesen wichtigen Ausschuss auch mal zu nutzen.“ Tim Cremer (NAWI) antwortet, der Ausschuss würde in der von ihm beschriebenen Weise in Kürze tagen, um sich dann eigene Aufgaben zu setzen. Er betont in diesem Kontext erneut, dass er bislang viele Aufgaben mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen seiner Arbeit im AStA erledigt habe und erinnert an die Trennung zwischen AStA und SP.

450 Patrick Walkowiak (NAWI) greift die von Ugur Ince (IL) gestellte Frage auf, indem er anregt, der Ausschuss solle bei seiner künftigen Sitzung soweit möglich die von ihm zu bearbeitenden Aufgabengebiete für die nahe Zukunft definieren.

TOP 10. Neuausschreibung Kassenprüfer:innenstellen

Hendrik Meinert (NAWI, Vorsitzender des Haushaltsausschusses) stellt den zuvor versandten Antrag und dessen Begründung in Form der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses vor.

Der Antrag wird bei folgendem Ergebnis angenommen:

455

21 Stimmen JA, 1 Stimme NEIN, 1 Stimme ENTHALTUNG
--

TOP 11. Personal

Zu diesem Punkt wird gemäß §§ 4 Abs. 2, 26 Abs. 5 der Satzung die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Öffentlichkeit wird wiederhergestellt.

480 **TOP 12. Grundsatzdebatte Wohnheime und Sozialbeitrag**
2023

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) berichtet, Ugur Ince (IL) habe ihn und den stellvertretenden Sprecher (Felix Käppel, RCDS) angeschrieben und in Bezug auf eine Pressemitteilung des AKAFÖ vom 03.08.2022 um eine Aussprache im SP sowie eine Evaluation von Möglichkeiten zur Bereitstellung finanzieller Unterstützung für die betroffenen Studenten gebeten. Dazu verliest er auch die von Ugur Ince (IL) in dieser Angelegenheit versandte Mail vom 04.08.2022. Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) berichtet, er habe Ugur Ince (IL) daraufhin geantwortet, dass das von Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) angesetzte „Informelle Treffen“ zur AKAFÖ-Wohnheimsituation vor der Veröffentlichung der gegenständlichen Pressemitteilung des AKAFÖ organisiert und terminiert wurde, sodass dieses Treffen nicht als Ersatz für eine Beratung und Beschlussfassung des SP in dieser Angelegenheit gedacht gewesen sei.

Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) berichtet, ihr lägen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weitergehenden Informationen zu den Erhöhungen vor, die über die bereits in der Pressemitteilung dargestellten Fakten hinausgingen. Im Vorfeld der Sitzung habe sie jedoch bereits mit dem Vorsitzenden des AStA (Ron Agethen, NAWI) über die Thematik gesprochen.

Der Vorsitzende des AStA (Ron Agethen, NAWI) fasst zunächst die Sachlage zusammen. Das AKAFÖ habe eine Mieterhöhung in Höhe von 40€ pro Monat angekündigt, welche sich zumindest mittelfristig mit den beschlossenen Erhöhungen des BAföG und der beschlossenen Energiepreispause decke. Er räumt ein, dass dies keine positive Nachricht sei, gibt jedoch zu bedenken, das AKAFÖ habe die Wohnheimmieten zuletzt im Jahr 2017 erhöht und sogar eine ursprünglich für das Jahr 2020 geplante Erhöhung ausgesetzt. Gegenüber Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) drückt er sein Bedauern aus, dass im Nachgang ihres Gespräches bis zu der derzeitigen Sitzung ein Treffen mit dem Geschäftsführer des AKAFÖ aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen sei.

Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) stellt dar, er habe hinsichtlich dieser Angelegenheit bereits mit dem Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI), dem Vorsitzenden des AStA (Ron Agethen, NAWI) und mit Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) geredet, da es aus seiner Sicht angesichts der starken Mehrbelastung für die Studenten erforderlich sei, die Vorgehensweise der drei großen Akteure, welche studentische Interessen gegenüber dem AKAFÖ vertreten – namentlich die Studentischen Vertreter im AKAFÖ-Verwaltungsrat, der AStA und das SP – in dieser Sache möglichst eng zu koordinieren.

Weiterhin stellt er fest, die Tatsache, dass das AKAFÖ die Mieten anhebe, sei aus einer Sicht angesichts der schon seit 2021 gestiegenen Gaspreise, welche durch den Ukrainekrieg noch zusätzlich erhöht worden seien, voraussehbar und vermutlich schwer vermeidbar. Daraus leitet er ab, dass ein Versuch der Studierendenschaft, diese Erhöhung zu verhindern, unrealistisch sei. Im Hinblick auf die von Ugur Ince (IL) vorgeschlagene Beratung über finanzielle Hilfen für die eingeschriebenen Studenten aus den Mitteln der Studierendenschaft, betont er, dass er auch diesen Ansatz für hochgradig unrealistisch hält.

Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) skizziert einen aus seiner Sicht realistischen Umgang mit den Erhöhungen von Wohnheimmieten und Mensapreisen. Aus seiner Sicht sei es erforderlich, in Zusammenarbeit mit den zuvor von ihm erwähnten Akteuren, an das AKAFÖ heranzutreten und die gegenwärtige angespannte makroökonomische Situation und deren Auswirkungen auf einzelne Studenten und Institutionen zum Anlass zu nehmen, um eine Einigung zwischen dem AKAFÖ und der Studierendenschaft anzustreben, die neben den notwendigen Preisanpassungen durch das Studentenwerk ein Entgegenkommen in anderen Bereichen beinhalten würde. Als Beispiel erinnert er daran, das SP habe bereits in der Vergangenheit über einzelne Angebote des AKAFÖ, welche teilweise in direkter Konkurrenz zu Angeboten des AStA stünden, diskutiert. Zudem ruft er den Parlamentariern ins Gedächtnis, dass der AStA zu Beginn des Jahres offenbar überrascht von einer Zuwendung des AKAFÖ in Höhe von 25.000€ berichtet habe, die dieses dem AStA zur Unterstützung von Betroffenen des Krieges in der Ukraine zu Verfügung gestellt hätten.

530 Dieser Ansatz stelle aus seiner Sicht die Vorgehensweise dar, mit der die jeweiligen Akteure am
wahrscheinlichsten zumindest eine finanzielle Entlastung der Studenten erwirken könnten, welche die
– letztlich wohl unvermeidbaren Preiserhöhungen – zumindest teilweise abfedere.

535 Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) pflichtet dem stellvertretenden Sprecher (Felix Käppel,
RCDS) dahingehend bei, dass aus seiner Sicht die Möglichkeiten der Studierendenschaft zu einer
unmittelbaren finanziellen Unterstützung der Studenten in dieser Situation eindeutig unzureichend
sein. Zusätzlich betont er, dass auch angesichts der erhöhten Wohnheimmieten ein zu enger Fokus auf
diese spezifische Kostensteigerung nicht zielführend wäre. Stattdessen müsse man im Kopf behalten,
dass die gestiegenen Preise innerhalb der Mensa im Kontext der aktuellen makroökonomischen Lage
eine Entlastung für alle Studenten erforderlich mache und die konkreten Mieterhöhungen in vielen
540 Fällen wohl durch die gestiegenen BAföG-Sätze ganz oder teilweise aufgefangen würden. Die bereits
bestehenden finanziellen Hilfsangebote des AStA – namentlich die Sozialbeitragsübernahme – könne
ebenfalls nur in begrenztem Umfang und in besonderen Härtefällen zum Einsatz kommen.

545 Robin Wegener (GRAS) pflichtet den Vorrednern dahingehend bei, dass eine volle Abfederung der zu
erwartenden Auswirkungen dieser Preissteigerungen von der Studierendenschaft nicht zu leisten sei.
Als mögliche Reaktionen auf die gegenständlichen Entwicklungen schlägt er zum einen vor, auf die
Landesregierung dahingehend einzuwirken, dass die Studentenwerke innerhalb von Nordrhein-
Westfalen eine hinreichende finanzielle Ausstattung erhielten. Als mögliche Maßnahme der
Studierendenschaft nennt er die Kreditvergabe an finanziell schwache Studenten. Bezüglich der
eigentlichen Erhöhungen stimmt er jedoch dem stellvertretenden Sprecher (Felix Käppel, RCDS)
dahingehend zu, dass diese wohl von der Studierendenschaft kaum zu verhindern seien.

550 Emre Yavuz (IL) beleuchtet die historische Entwicklung der Finanzierung der Studentenwerke in
Nordrhein-Westfalen. Während diese in der Vergangenheit gleichermaßen von Studenten und aus
Mitteln der Landesregierung finanziert worden seien, sei der Anteil der Studenten an der Finanzierung
der Werke derzeit etwa doppelt so hoch, wie derjenige der Landesregierung. Er verweist zudem auf eine
von ihm wahrgenommene Vernachlässigung von Studenten und deren finanzieller Probleme im Zuge
555 der Corona-Pandemie und pflichtet Robin Wegener (GRAS) daher dahingehend bei, dass entsprechende
Appelle zur Hilfe auf Bundes- und Landesebene in der jetzigen Situation durchaus angemessen seien.

560 Thorger Jansen (NAWI) bestätigt, dass die Erhöhungen der Mietpreise in den Wohnheimen des AKAFÖ
sich auf die Warmmieten bezögen, welche einen pauschalen Preis für den von den Bewohnern
verursachten Energieverbrauch enthielten. Dies habe ihm zufolge den Nachteil, dass viele seiner
Mitbewohner in dem von ihm bewohnten Studentenwohnheim, keinerlei Anstalten machten, sparsam
mit Strom oder Wärmeenergie umzugehen. Aus seiner Sicht würden die Erhöhungen eine besondere
Belastung für Personen darstellen, die nicht zum Beispiel durch BAföG staatliche Unterstützung
erhielten, die eventuelle Mietkostensteigerungen zumindest teilweise ausgleichen könne. Er betont
565 zudem das seiner Meinung nach bestehende Missverhältnis zwischen den Mieterhöhungen einerseits
und den vom AKAFÖ erbrachten Gegenleistungen auf der anderen Seite als das subjektiv größere
Problem im Vergleich zu den Mieterhöhungen als solche. Während die Preise für Leistungen des
AKAFÖ nun angehoben würden, um höhere Kosten auszugleichen, habe das Werk in der Vergangenheit
seine Leistungen eingeschränkt oder schlicht nicht zur Verfügung gestellt – er verweist unter anderem
570 auf die Mensaschließungen während der Coronamaßnahmen – ohne an diesen Stellen gleichzeitig die
von den Studenten geforderten Gegenleistungen zu senken. Er erinnert daran, dass die Studenten der
Ruhr-Universität einen der höchsten Sozialbeiträge in ganz Deutschland zahlen müssten und wirft daher
die Frage auf, ob nicht auch auf Seiten des AKAFÖ Ausgaben eingespart werden könnten, bevor
Preissteigerungen vollumfänglich an die Studierendenschaft weitergegeben werde.

575 Felix Käppel (RCDS) merkt einschränkend an, er wolle – trotz aller Kritik, die er in der Vergangenheit
am AKAFÖ geübt habe – festhalten, dass die Wohnheime nach wie vor ein insgesamt attraktives
Wohnraumangebot darstellten, dessen Miete weiterhin deutlich unter den Marktpreisen liege.
Hinsichtlich der Finanzierung der Studentenwerke während der Coronakrise erinnert er die
umfangreichen "Soforthilfen", die die nordrhein-westfälische Landesregierung den Studentenwerken
zur Verfügung gestellt habe, die jedoch seiner Erinnerung zufolge zum Zeitpunkt der Auszahlung einige
580 der nordrhein-westfälischen Studentenwerke vor ernsthaften finanziellen Schief lagen bewahrt habe.

Abschließend plädiert er für einen Fokus der studentischen Akteure auf konkrete Maßnahmen und dahingehende Einflussnahme. Mögliche Appelle an die Bundes- und Landespolitik seien zwar möglich aber aus seiner Sicht in der aktuellen Situation weniger erfolgsversprechend.

585 Marius Haack (FSVK-Sprecher) betont auf Basis verschiedener persönlicher Gespräche mit betroffenen Studenten, dass auch diese zumeist nicht die Mieterhöhung als solche, sondern das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung als problematisch ansähen. Daher sei auch der ihm gegenüber am häufigsten geäußerte Wunsch an die Verantwortlichen innerhalb der Studierendenschaft nicht die finanzielle Übernahme der Mehrkosten durch die Mieterhöhungen, sondern die Einflussnahme zugunsten von Verbesserungen im Zustand der Wohnheime und in der Kommunikation der
590 Wohnheimverwaltung mit den jeweiligen Mietern.

Thorger Jansen (NAWI) wünscht sich Solidarität beim Sparen. Er kritisiert eine ihm zufolge weit verbreitete Einstellung, nach der viele Probleme reflexartig mit Geld gelöst würden, anstatt durch die Förderung von sozialen Projekten oder die Vermeidung von Verschwendung Kosten einzusparen.

595 Patrick Walkowiak (NAWI) nennt eine Reihe von Faktoren, die seiner Meinung nach die Preiserhöhungen nötig und den finanziellen Spielraum für Einsparungen im AKAFÖ gering machten. Dazu zählt er unter anderem das Personal, welches in Abhängigkeit von der Nachfrage in den gastronomischen Betrieben des AKAFÖ mehr oder weniger tägliche Arbeit hätte, aber welches man dennoch nicht leichtfertig entlassen könne oder wolle. Er betont daher, dass aus seiner Sicht das Potenzial für finanzielle Unterstützung bei den Akteuren am Campus (namentlich bei der
600 Studierendenschaft, der Verwaltung der Ruhr-Universität oder beim AKAFÖ selbst) eher gering sei und finanzielle Unterstützung wenn überhaupt von Außerhalb zu erwarten sei.

Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) weist darauf hin, die nun thematisierten Mieterhöhungen seien aus ihrer Sicht von den erwähnten Problemen innerhalb der Wohnheime getrennt zu betrachten. Sie könne zwar nachvollziehen, weshalb manche Studenten die Situation als „schlechtere Leistungen bei steigenden Preisen“ charakterisierten, halte diese verkürzte Beschreibung aber für unzutreffend und ungerecht gegenüber den Bemühungen des AKAFÖ, die Situation an diversen Stellen in den Wohnheimen und in der Gastronomie zu verbessern. Sie räumt ein, es sei für die betroffenen Studenten frustrierend, auf zukünftige Änderungen verwiesen zu werden, dennoch müsse man anerkennen, dass
605 das AKAFÖ aktiv an einer Lösung für viele der beschriebenen Probleme arbeite und diese Arbeit für das AKAFÖ einen hohen Stellenwert einnehme. Zudem bestätigt sie, dass die studentischen Vertreter im AKAFÖ-Verwaltungsrat sich derzeit aktiv um eine gemeinsame Lösung unter Einbeziehung des AStA und des AKAFÖ bemühe, um viele der von den Studenten bemängelten Missstände zu beheben. Sie betont dabei, dass sie in diesem Kontext das AKAFÖ als rezeptiven und konstruktiven Gesprächspartner erlebt habe, dessen Vertreter zahlreiche Defizite, die von Studenten beklagt würden,
610 offen als Probleme anerkannten und sich um Lösungen bemühten. Bedauerlicherweise seien viele dieser Lösungsansätze – unter anderem aufgrund der Größe des AKAFÖ – sehr arbeitsintensiv und würden für die meisten Studenten erst nach der Zielerreichung sichtbar, der aber oft langanhaltende Arbeiten des AKAFÖ vorausgingen.

620 Lars Kranzmann (LiLi) pflichtet Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) dahingehend bei, dass es aus seiner Sicht erforderlich sei, sich zu gedulden und die bestehenden Verbindungen mit dem AKAFÖ zu intensivieren. Hinsichtlich der besonders betroffenen Studenten, welche kein BAföG bezögen, schlägt er vor, über die sozialen Medien verstärkt auf bestehende Hilfsangebote der Studierendenschaft hinzuweisen.

625 Marius Haack (FSVK-Sprecher) spricht sich ebenfalls gegen ein unsachliches „Bashing“ des AKAFÖ aus und weist aber bezogen auf den Beitrag von Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) darauf hin, dass aus seiner Sicht ein starkes Kommunikationsdefizit zwischen dem AKAFÖ und den Studenten bestehe. Die meisten Studenten an der Ruhr-Universität, selbst jene, die in AKAFÖ-Wohnheimen untergebracht seien, wüssten zu wenig über die von Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) erwähnten Anstrengungen zur Verbesserung der Angebote. Viele Studenten nähmen regelmäßig nur den
630 Status Quo der derzeitigen Defizite wahr und erführen dann von Preiserhöhungen und Mietsteigerungen. Die große Mehrheit der Studenten, die nicht regelmäßig in der Hochschulpolitik involviert sei, müsse

aus seiner Sicht besser über die Bemühungen des AKAFÖ und der Studierendenschaft in Zusammenarbeit mit dem AKAFÖ informiert werden.

635 Patrick Walkowiak (NAWI) ergänzt, dass angesichts der derzeitigen Inflation auch bedacht werden
müsse, dass die von der Studierendenschaft geforderten Zustandsverbesserungen wohl
realistischerweise nicht ohne zusätzliche Ausgaben möglich seien. Der zuvor zum Ausdruck gebrachte
Ärger über das vermeintliche Missverhältnis zwischen einem schlechten oder vermeintlich schlechter
werdenden Angebot und einer Erhöhung der Preise sei daher bei wirtschaftlicher Betrachtung nicht
640 zielführend. Eine geforderte Verbesserung von Zuständen der Wohnheime mache aus seiner Sicht
zwingend auch finanzielle Investitionen erforderlich.

Marc Patrick Gallert (NAWI) wirft ein, angesichts der in der Vergangenheit in seinem Wohnheim
auftretenden Probleme, sei eine Mieterhöhung schwer verständlich. In seinem konkreten Fall seien
Defizite aufgetreten (konkret nennt er Schimmelbefall und Unterbrechungen der
Warmwasserversorgung), die ihn in einem privatwirtschaftlichen Mietverhältnis bereits früher zu einer
645 Mietzurückhaltung bewogen hätten. Dies sei auf dem privaten Wohnungsmarkt ein verbreitetes Mittel,
welches einem als Bewohner eines Wohnheimes nicht zur Verfügung stünde.

Felix Käppel (RCDS) entgegnet Marc Patrick Gallert (NAWI), der von diesem angeführte Vergleich
mit Mietverhältnissen auf dem privaten Wohnungsmarkt sei unpassend. Die von Marc Patrick Gallert
(NAWI) erwähnten Rechte zur Zurückhaltung von Miete oder Wohnnebenkosten isoliert zu nennen,
650 unterschläge die Tatsache, dass die Studentenwohnheime, wie sie zum Beispiel vom AKAFÖ angeboten
würden, bei einer umfassenden Betrachtung für viele Studenten eine deutlich bessere Wohnsituation
ermöglichten, als die auf dem privaten Wohnungsmarkt verfügbar sei. Die Tatsache, dass der Vorredner
- wie viele tausend Studenten in Deutschland - sich für den Bezug eines Wohnheimes und nicht für die
Anmietung einer privat vermieteten Wohnung entschieden habe, belege das.

655 Ergänzend führt Felix Käppel (RCDS) aus, auch das SP habe aus seiner Sicht in der Vergangenheit
bestimmte Entwicklungen im Bereich des AKAFÖ falsch eingeschätzt. So habe er in den vergangenen
Jahren im SP häufig wahrgenommen, dass eine Mehrheit der Parlamentarier die Schaffung von
gastronomischen Angeboten begrüßt habe, die zunehmend höherklassig gewesen seien oder sich
lediglich an eine Teilmenge der auf dem Campus zu bedienenden Kundenbasis richteten. Beispielhaft
660 erinnert er an die Reaktion der Parlamentarier auf die Fertigstellung der „Roten Bete“. Diese Investition
zur Schaffung eines Angebotes, welches sich durch besondere kulinarische Qualität und durch die
Spezialisierung auf ein bestimmtes Segment der Kundenbasis auszeichne, sei damals von den
Parlamentariern überwiegend positiv aufgenommen worden. Aus seiner Sicht müsse sich das SP die
Frage stellen, ob angesichts der derzeitigen makroökonomischen Entwicklung, in der Zukunft nicht auch
665 ein stärkerer Fokus auf ein günstiges Angebot für möglichst viele Studenten priorisiert werden müsse.

Robin Wegener (GRAS) widerspricht Felix Käppel (RDCS) dahingehend, dass die „Rote Bete“ aus
seiner Sicht keine Teilmenge der Kundenbasis der Mensa angesprochen, sondern eine gänzlich neue
Zielgruppe erschlossen habe, die vorher kein Angebot in der Mensa vorgefunden hätten. Felix Käppel
(RDCS) wirft ein, auch vorher habe es in der Mensa ein tägliches vegetarisches oder veganes Angebot
670 gegeben. Robin Wegener (GRAS) fasst die bisherige Debatte dahingehend zusammen, dass die
Vertreter der Studierendenschaft ab sofort auf zwei Wegen aktiv werden müsse, wobei der eine Weg
aus seiner Sicht auf konkrete Einwirkungen an der Ruhr-Universität abzielen müsse, während der andere
Weg Hilfe von Bundes- oder Landesregierung zum Ziel haben solle.

675 Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) warnt davor die Diskussion zu stark auf die Vergangenheit
zu fokussieren und fragt nach konstruktiven Ideen für Ansätze im Umgang mit Entwicklungen.

Felix Käppel (RCDS) betont, es sei nicht seine Absicht gewesen, die vermeintlichen Fehler der
Vergangenheit in das Zentrum der Debatte zu stellen. Stattdessen sollten die Vertreter der
Studierendenschaft an den verschiedenen Stellen gemeinsam mit einer klaren Zielsetzung an die
Öffentlichkeit treten, nämlich gemeinsam mit dem AKAFÖ zu beraten, welche der Aspekte des Status
680 Quo man kurzfristig, mittelfristig, oder langfristig ändern könne, um die finanzielle Situation der
Studenten ab sofort in der Zukunft zu verbessern.

685 Thorger Jansen (NAWI) nennt eine Reihe von konkreten Vorschlägen. Dazu zählt er einen „Sparguide“ für die Wohnheime auf, in dem Hinweise zum Einsparen von Energie gegeben werden sollten, ein Sparangebot in der Mensa, welches neben den etablierten Gerichten eine kostengünstige Alternative aus günstigeren Zutaten oder verbliebenen Speisen vom Vortag verfügbar mache. Er wünscht sich weiterhin Transparenz des AKAFÖ hinsichtlich dessen Angebot und der Nutzung der einzelnen Angebote. Er schlägt vor, in den Wohnheimen soziale Projekte wie „Foodsharing“, „Mediasharing“ oder einen gemeinsam betriebenen Garten fördern oder einrichten, in dem Wohnheimbewohner Essen selbst anbauen könnten.

690 Robin Wegener (GRAS) schlägt zusammenfassend vor, außerhalb des SP eine Stellungnahme möglichst unter Beteiligung aller Fraktionen auszuarbeiten und stellt fest, dass dies in einer Arbeitsphase passieren müsse und nicht in der derzeitigen Sitzung geleistet werden könne. Sobald ein Text vorläge, können man diesen im SP erneut beraten und ggf. beschließen.

695 Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) stimmt dem Vorschlag Robin Wegeners (GRAS) zu und merkt an, dass die derzeit noch gültige Corona-Hochschul-Verordnung auch eine Beschlussfassung per Umlaufbeschluss zulasse.

Sophie Plassen (AKAFÖ-Verwaltungsrat) begrüßt den Vorschlag und spricht abschließend die Einladung aus sich jederzeit mit Vorschlägen oder Hinweisen per E-Mail an sophieplassen@gmail.com bei ihr zu melden.

700 **TOP 13. Gremienberatung – Listenaufstellung Senatswahl**

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) verweist auf den zu diesem TOP gestellten Antrag von Talha Demirci (NAWI).

705 Talha Demirci (NAWI) entschuldigt sich zunächst für die ursprüngliche Fassung seines Antrages, da er darauf hingewiesen worden sei, die dort verwendeten Formulierungen hätten als angreifend oder verletzend wahrgenommen worden sein. Er stellt klar, dass dies nicht seine Intention gewesen sei und er daraufhin den Antrag geändert habe. Er liest den Antrag in seiner geänderten Fassung vor und fügt hinzu, dass sich für ihn die Frage stelle, ob das im Antrag beschriebene Verhalten mit den Aufgaben der Gremienberatung konsistent sei und ihn in diesem Kontext auch eine Darstellung der beschriebenen Situationen aus der Perspektive der Angehörigen der Gremienberatung interessiere.

710 Robin Wegener (GRAS) zeigt im Wege der Bildschirmfreigabe eine Zeitaufstellung für die Aufstellung der Senatsliste. Er erklärt dazu, er habe an verschiedenen Terminen vielfach Werbung für eine Kandidatur auf der „Liste der Studierenden“ gemacht habe. Vor der Aufstellungsversammlung für die Liste am 05.05.2022 habe er auf drei Sitzungen der FSVK und durch mehrere E-Mails über diverse Verteilerlisten dazu aufgerufen, sich für eine Kandidatur zur Senatswahl bereitzuerklären.

715 Er berichtet, auf der Aufstellungsversammlung der „Liste der Studierenden“ sei diskutiert worden, ob eine paritätische Besetzung der Wahlliste unbedingt erforderlich sei. Dabei habe er den Fehler gemacht, nicht unmittelbar eine paritätische Besetzung der Wahlliste einzufordern. Für diesen Fehler wolle er geradestehen und die politische Verantwortung übernehmen. Die Handlungen im Nachgang der Aufstellungsversammlung, seien als Versuche zur Lösung der Situation und somit als Nachfolgefehler aus seinem ursprünglichen Versäumnis anzusehen.

720

725 Anschließend zeigt er den Anwesenden im Wege der Bildschirmfreigabe ein Formular für die Einreichung einer Liste für die Wahl zum Senat. Dort verweist er auf ein „Beiblatt zum Wahlvorschlag“, auf welchem auszufüllende Felder für den Fall einer nicht geschlechtsparitätisch besetzten Wahlliste zu finden sind. In den beiden Feldern wird zunächst nach „intensiven Bemühungen zu Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten“ und später nach „sachlichen Gründen“ für die nichtparitätische Besetzung gefragt. Er erklärt weiterhin, er habe im Nachgang der Aufstellungsversammlung nicht gewusst, was er in die beiden Felder hätte eintragen können, was legitimerweise die paritätische Besetzung der zuvor gewählten Liste entbehrlich hätte machen können. Damit verbunden gewesen sei

730 die Angst, die Liste könnte bei unzureichenden Ausführungen im Rahmen der beiden Felder
zurückgewiesen und somit nicht zur Senatswahl zugelassen werden. Aus diesem Grund habe er sich
bemüht, eine Möglichkeit zu finden, wie die zuvor aufgestellte Liste als gemeinsame Liste zur
735 Senatswahl hätte antreten können. Konkret habe er das Gespräch mit Kandidaten der Wahlkreise II und
III gesucht, in denen auf den ersten beiden Plätzen jeweils Männer als Kandidaten aufgestellt worden
seien. Diesen Personen habe er mitgeteilt, einer der beiden müsse zurücktreten, damit eine Frau auf den
freigewordenen zweiten Listenplatz für den jeweiligen Wahlkreis nachrücken könne. Schlussendlich sei
im Wahlkreis II der Kandidat Nikita Kantor zurückgetreten und im Wahlkreis III habe Robin Wegener
(GRAS) mit Hendrik Meinert (NAWI) abgesprochen, dass Talha Demirci (NAWI) von seinem
gewählten Platz zurücktreten und auf Platz 3 der Liste antreten solle. Dabei weist Robin Wegener
(GRAS) darauf hin, Talha Demirci (NAWI) habe für seine Kandidatur auf diesem Listenplatz auch eine
740 Unterschrift geleistet.

Er räumt ein, das Aufstellungsverfahren sei insgesamt schlecht gelaufen. Dies sei aber lediglich auf
seine Versuche zurückzuführen, eine gemeinsame Liste der Gruppe der Studierenden für die Senatswahl
einzureichen, die zu dieser auch zugelassen werde. Er fügt hinzu, bei der nachträglichen Änderung der
745 Listenplätze sei es ihm nicht um eine Beeinflussung der Ergebnisse der Aufstellungsversammlung
zugunsten der GRAS gegangen. Sofern zuvor Frauen anderer hochschulpolitischer Listen auf die
entsprechenden Plätze gewählt worden wären, hätte er auch diesen durch die Änderung der Wahllisten
zu einem zweiten Platz in den jeweiligen Wahlkreisen verholfen.

Zur zuvor von Talha Demirci (NAWI) geäußerten Kritik an der mangelnden Transparenz der Arbeit der
Gremienberatung merkt er an, er habe bereits beim IT-Service der Ruhr-Universität eine Webseite
750 angefragt, die sich im Aufbau befände. Zusätzlich führt er aus, die Entscheidungen innerhalb des Senates
würden ohnehin eher innerhalb der Kommissionen getroffen. Es sei Robin Wegener (GRAS) nicht
erinnerlich, dass der Senat als Gremium sei er in diesem aktiv sei, jemals eine Empfehlung bzw. ein
Arbeitsergebnis einer der Kommissionen abgelehnt habe. In diesen Kommissionen wiederum sei Talha
Demirci (NAWI) verschiedentlich als Mitglied vertreten.

755 Zu seiner Arbeit präzisiert er, er sei jeden Montag bei den Sitzungen der FSVK anwesend und halte
dienstags eine Sprechstunde für die Gremienberatung ab. Er stehe daher immer für Gespräche zur
Verfügung.

Patrick Walkowiak (NAWI) stellt die Frage nach der Grundlage für Robin Wegeners (GRAS) Annahme
nach einem strengen Kriterium der Geschlechterparität bei der Aufstellung von Listen für die Wahl zum
760 Senat. Aus eigener Erfahrung berichtet Patrick Walkowiak (NAWI), an der Physikalischen Fakultät
seien – schlicht aufgrund der verhältnismäßig geringeren Anzahl an weiblichen Studenten innerhalb des
Fachbereichs – seit er sich erinnern könne, noch nie geschlechterparitätische Wahllisten aufgestellt
worden. Dies sei stets im Rahmen der formalen Anforderungen begründet worden, habe die Fakultät
765 oder die zuständige Wahlleitung noch nie Kritik an der angegebenen Begründung für die Abweichung
von der geforderten Parität geübt oder aus diesem Grund gar eine der eingereichten Listen für ungültig
erklärt. Aus diesem Grund stelle er infrage, inwiefern die von Robin Wegener (GRAS) beschriebene
Sorge vor einer Zurückweisung der Senatsliste gerechtfertigt sei bzw. worin dessen Annahme begründet
sei, dass eine ehrliche Beschreibung seiner Aufstellungsbemühungen von einer Wahlleitung als
unzureichend zurückgewiesen worden sei.

770 Robin Wegener (GRAS) erklärt, es sei ein dringendes Erfordernis, alle Gremien auf Senatsebene
geschlechterparitätisch zu besetzen, räumt aber auf Rückfrage durch Patrick Walkowiak (NAWI) ein, er
habe noch nie erlebt, dass eine nicht paritätisch besetzte Liste zurückgewiesen worden sei – fügt aber
hinzu, dass er sich bisher stets nur an die Aufstellung paritätisch besetzter Listen erinnern könne, da dies
für die Beteiligten immer selbstverständlich gewesen sei. Auf erneute Rückfrage Patrick Walkowiaks
775 (NAWI), ob ein Rechtserfordernis zur Geschlechterparität bestehe, gibt Robin Wegener (GRAS) an, dies
könne er nicht sagen.

Felix Käppel (RCDS) betont, er sei an den Vorgängen rund um die Aufstellung nicht beteiligt gewesen
und könne deshalb nicht zu dem Ablauf der einzelnen Ereignisse sprechen. Auf Basis der bisherigen
Beiträge erscheine es ihm aber befremdlich, weshalb Robin Wegeners (GRAS) erste Reaktion darin

780 bestanden hätte, die nach demokratischer Wahl aufgestellten Kandidaten unter Androhung der
Nichteinreichung der Liste zu einem vordergründig freiwilligen „Rücktritt“ zu bewegen, anstatt nach
der Aufstellung einer nicht paritätischen Liste zunächst zu überprüfen, ob die von Robin Wegener
(GRAS) wahrgenommene Regel zur Aufstellung von Senatslisten tatsächlich ein unumgängliches
785 Rechtserfordernis sei. In diesem Fall – so Felix Käppel (RCDS) – hätte eine Recherche schnell die
Bestimmung des § 11b HG NRW zu Tage gebracht, der die geschlechtsparitätische Besetzung von
universitären Gremien regelt und der zwei Ausnahmetatbestände formuliert, die ihm zufolge die
rechtliche Grundlage für die von Patrick Walkowiak (NAWI) beschriebene unproblematische
790 Einreichung von Listen, welche dem Paritätserfordernis nicht genügten, darstellten. Felix Käppel
(RCDS) führt konkret aus, in § 11b HG NRW sei zwar eine Zielvorgabe der geschlechtsparitätischen
Besetzung von Gremien enthalten, es fehle aber über die Nennung der Ausnahmetatbestände – von
denen ihm zufolge bei der Wahl zum Senat wohl auch nur jener der „intensiven Bemühungen“ nach
Abs. 1, nicht aber der der „sachlichen Gründe“ nach Abs. 2 einschlägig seien – hinaus jede Art von
Kompetenzzuschreibung oder näherer Bestimmung von Kriterien, nach denen nach dem Einreichen
795 einer Wahlliste die Wahlleitung oder eine andere Stelle die von den Verantwortlichen der Liste
angegebenen „intensiven Bemühungen“ als nicht intensiv genug klassifizieren könne. Unter Verweis
auf den Wortlaut des Gesetzes hebt Felix Käppel (RCDS) weiter hervor, im Kern sei lediglich
entscheidend, dass die als „intensive Bemühungen“ angesehenen Tatsachen, vom Verantwortlichen der
Liste „aktenkundig gemacht“ würden. Es handele sich damit eher um ein formales Erfordernis als um
eine echte inhaltliche Hürde.

800 Hendrik Meinert (NAWI) weist darauf hin, die im Vorfeld von Robin Wegener (GRAS) vielfach
erfolgten Hinweise auf die Wahl in Kombination mit der öffentlich abgehaltenen Wahlversammlung
seien seiner Ansicht nach jedenfalls ausreichend um als „intensive Bemühungen“ zu gelten. Zudem
stelle die Tatsache, dass eine Mehrheit auf der besagten Wahlversammlung sich in einer demokratischen
Wahl für Kandidaten in einer Platzierung entschieden hätte, welche nicht der Vorgabe der
805 Geschlechtsparität folge, aus seiner Sicht schon als solche einen sachlichen Grund für eine Abweichung
von der Regelung des § 11b HG NRW dar.

Rene Adiyaman (GRAS) merkt an, die zuvor von Felix Käppel (RCDS) getroffenen Aussagen über die
Rechtslage hätten mehrere relativierende und einschränkende Formulierungen enthalten und hätten
ohnehin Bestimmungen zum Gegenstand, deren Wortlaut zahlreiche auslegungsbedürftige
810 Rechtsbegriffe enthielten. Vor diesem Hintergrund müsse man die Frage stellen, ob im Nachgang der
Aufstellungsversammlung nicht eine Entscheidung „nach bestem Wissen und Gewissen“ getroffen
worden sei. Diese Frage sei von der Frage nach der rechtlichen Korrektheit der Entscheidung bei
nachträglicher Betrachtung getrennt zu behandeln.

Er fügt hinzu, er sei in der Vergangenheit bei verschiedenen Aufstellungsversammlungen für
815 Wahllisten zur Senatswahl zugegen gewesen und sei auf Grundlage dieser Erfahrungen stets der
Überzeugung gewesen, dass die jeweils für die Aufstellung von Personen in den einzelnen Wahlkreisen
verantwortlichen Personen sich im Vorfeld um eine paritätische Besetzung zu bemühen hätten. Sofern
auf der zentralen Wahlversammlung nicht von solchen Bemühungen der spezifischen Verantwortlichen
berichtet worden sei, hätte Robin Wegener (GRAS) ja nicht nachträglich derartige Bemühungen bei der
820 Abgabe der Liste angeben können. Rene Adiyaman (GRAS) führt zudem aus, die von ihm beschriebene
Vorgehensweise sei in den vergangenen Jahren seines Wissens nach nie angezweifelt worden, was aus
seiner Sicht einen Schluss dahingehend zulasse, dass diese Vorgehensweise innerhalb der
Studierendenschaft allgemein anerkannt gewesen sei. Sofern Robin Wegener (GRAS) sich nun an dieser
Vorgehensweise orientiert habe, müsse man ihm – unabhängig von einer rechtlichen Bewertung ex post
825 – zugestehen, dass er damit „nach bestem Wissen und Gewissen“ gehandelt habe.

Rene Adiyaman (GRAS) wirft weiterhin die Frage auf, was die Zielsetzung des gegenständlichen
Antrages gewesen sei, da die von Talha Demirci (NAWI) erwähnten Fragen, die dieser in Bezug auf die
Arbeit der Gremienberater habe, nach seiner Auffassung nicht zu dem Inhalt des Antrages auf Rüge der
zwei Gremienberater passe.

830 Talha Demirci (NAWI) erklärt, er habe sich im Nachgang der beschriebenen Vorgänge auf der
Aufstellungsversammlung zur „Liste der Studierenden“ über die Arbeit der Gremienberatung und

eventuelle Kontaktmöglichkeiten informieren wollen, habe zu diesem Thema aber im Internet wenig gefunden. Die Sprechstunde der beiden Amtsinhaber, welche zwischenzeitlich im Zoom-Chat erwähnt worden sei, könne man nicht auf den Seiten des SP oder des AStA finden und ein Eintrag im „Glossar“ auf der Internetseite der FSVK sei einer der wenigen öffentlichen Hinweise auf die Arbeit der Gremienberater. Da die Gremienberatung vom SP eingeführt worden sei, sehe er es als wichtig an, sich auch im SP weitergehend über die aktuelle Amtsführung der gewählten Amtsträger zu informieren.

Felix Käppel (RCDS) kritisiert Rene Adiyaman (GRAS) für dessen Aussagen zu seiner Person. Er erklärt, er habe die von Rene Adiyaman (GRAS) hervorgehobenen vorsichtigen Formulierungen verwendet, da er sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein abschließendes Urteil über die Rechtslage anmaßen wolle. Dennoch habe er zu der rechtlichen Grundlage für die vermeintlich unbedingte Verpflichtung zur geschlechtsparitätischen Besetzung von Wahllisten eine Recherche betrieben, wohingegen Rene Adiyaman (GRAS) und Robin Wegener (GRAS) dies ja nach einer Aussage nicht getan hätten. In diesem Kontext bezweifelt er, dass man bei dem Verhalten Robin Wegeners (GRAS) im Nachgang der Aufstellungsversammlung, wie dieser es selbst im SP berichtet habe, von einer Entscheidung „nach bestem Wissen und Gewissen“ sprechen könne, da dieser auf Basis von Erinnerungen an frühere Jahre eine schwerwiegende Entscheidung im Sinne seiner persönlichen Präferenz getroffen habe, ohne zuvor überhaupt nach den genauen rechtlichen Bedingungen für die Listenaufstellung zu suchen.

Rene Adiyaman (GRAS) stellt klar, er habe sich mit seinem Beitrag nicht über Felix Käppel (RCDS) lustig machen wollen. Außerdem habe er sich sehr wohl mit der Rechtslage beschäftigt. Dies allerdings nicht in einer Tiefe, auf deren Basis er eine Aussage über die genaue Bedeutung der von Felix Käppel (RCDS) zitierten Norm treffen wolle. Zusätzlich greift er eine Formulierung innerhalb des Antrages auf und fragt, ob Robin Wegener (GRAS) tatsächlich mit der Nichteinreichung der Liste „gedroht“ habe und es somit zu einer Art „Erpressung“ gekommen sei, um die gewählten Kandidaten von ihren jeweiligen Listenplätzen zurücktreten zu lassen.

Lars Kranzmann (LiLi) dankt Robin Wegener (GRAS) zunächst für seine intensiven Bemühungen um die paritätische Besetzung der Wahlliste zum Senat. Weiterhin führt er aus, der vorliegende Antrag sei aus seiner Sicht dreist und enthalte viele der von Talha Demirci (NAWI) in die bisherige Debatte eingebrachten Beiträge nicht. Zudem enthalte der Antrag in seiner Begründung theoretische Ausführungen über angebliche Interessen der GRAS, gehe aber nicht auf das eigentliche Thema der paritätischen Listenbesetzung ein. Außerdem kritisiert Lars Kranzmann (LiLi), dass Talha Demirci (NAWI) in der gegenständlichen Angelegenheit und nach den Vorgängen rund um die Listeneinreichung nun einen Antrag eingereicht habe, ohne zuvor das direkte Gespräch mit Robin Wegener (GRAS) gesucht zu haben, welches aus seiner Sicht einem Antrag auf Rüge und Diskussion über Entlassung vorausgegangen hätte sein sollen.

Patrick Walkowiak (NAWI) äußert sich in Bezug auf die diskutierten rechtlichen Fragestellungen dahingehend, die von Felix Käppel (RCDS) in der Erklärung seiner Rechtsauffassung verwendeten Einschränkungen und Konjunktive seien charakteristisch, da dieser in rechtlichen Fragen nicht zu absoluten oder uneingeschränkten Aussagen neige. Er fügt hinzu, dass er an Robin Wegener (GRAS) nicht die Erwartung habe, die zuvor zitierte Norm gekannt zu haben. Dennoch sei für ihn von Bedeutung, welche rechtlichen Erwägungen Robin Wegener (GRAS) im Vorfeld seiner Entscheidung angestellt habe. Zwar sei hier aus seiner Sicht keine Recherche in Gesetzestexten zu erwarten, allerdings habe Robin Wegener (GRAS) die Möglichkeit gehabt, die Wahlleitung mit der gegenständlichen Frage zu konfrontieren – zumal die Wahlordnung eine Nachfrist vorsehe, sodass Robin Wegener (GRAS) unmittelbar nach der Aufstellungsversammlung nicht zwingend eine Entscheidung bis zur Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge hätte treffen müssen.

Marius Haack (FSVK-Sprecher) bestätigt zunächst die von Robin Wegener (GRAS) angeführten Bemühungen zur Bewerbung der Senatswahl und einer Kandidatur bei dieser. Er berichtet, Robin Wegener (GRAS) sei häufig bei den Sitzungen der FSVK anwesend, wohingegen Clara Padberg (GRAS) – wohl aufgrund einer Terminkollision – üblicherweise nicht zu den Sitzungen jeweils am Montagabend erscheinen könne, sich aber nach entsprechendem Hinweis der FSVK-Sprecher:innen unmittelbar auf der folgenden Sitzung vorgestellt habe.

885 Hendrik Meinert (NAWI) stellt dar, wie sich Robin Wegener (GRAS) ihm gegenüber im Nachgang der
Aufstellungsversammlung verhalten habe und welche Verhaltensweisen ihn zu Feststellung einer
„Drohung“ bewegt hätten. Hendrik Meinert (NAWI) berichtet, er habe für den Wahlkreis III kandidiert
und sei nach der Listenaufstellung auf der Aufstellungsversammlung von Robin Wegener (GRAS)
angesprochen worden. Dieser habe ihm gegenüber klar gesagt, er werde die Liste in der zuvor auf der
890 Versammlung festgelegten Form nicht einreichen. Daraufhin habe Hendrik Meinert (NAWI) ihn darauf
hingewiesen, dass die Tatsache, dass die Liste auf einer zuvor angekündigten und hochschulöffentlichen
Wahlversammlung durch eine Mehrheit in einer demokratischen Wahl festgelegt worden sei, eine
adäquate Rechtfertigung dafür darstelle, dass die eigentlich vorgesehene Geschlechterverteilung auf der
Liste nicht erreicht worden sei. Hendrik Meinert (NAWI) fährt fort, die Ankündigung der
895 Nichteinreichung der Wahlliste ohne eine nachträgliche Änderung der Reihenfolge stelle seiner Ansicht
nach eine Drohung dar, da zu diesem Zeitpunkt bei einer Nichteinreichung der Liste durch Robin
Wegener (GRAS) die Aufstellung einer alternativen Liste und deren Einreichung inklusive der
notwendigen Unterstützerunterschriften aufgrund der geringen Zeit bis zur Frist zur Abgabe der
Wahllisten bei der Wahlleitung, kaum noch möglich gewesen sei. Robin Wegener (GRAS) habe
900 Hendrik Meinert (NAWI) also praktisch vor die Wahl gestellt, einer nachträglichen Änderung der
Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste zuzustimmen oder zu akzeptieren, dass diese gewählten
Kandidaten nicht zur Senatswahl hätten antreten können.

Talha Demirci (NAWI) zeigt sich enttäuscht darüber, dass zunächst von allen Seiten – auch von Robin
Wegener (GRAS) – die Notwendigkeit einer gemeinsamen Liste für die Statusgruppe der Studenten bei
der Senatswahl betont worden sei, dann jedoch bei der Frage nach der Reihenfolge der Listenplätze
905 Drohungen anstelle der beschworenen Einheit getreten seien. Zudem erinnert er sich, auf der
Aufstellungsversammlung sei das Thema der paritätischen Besetzung zwar erwähnt worden, sei aber
nach der Durchführung der demokratischen Abstimmung über die Reihenfolge der Kandidaten lediglich
eine Randnotiz gewesen. Auf Basis der bisherigen Aussagen stellt Talha Demirci (NAWI) jedoch fest,
er habe den Eindruck gewonnen, dass Robin Wegener (GRAS) präsenter sei als er dies zuvor aus dem
910 Internet hätte wahrnehmen können. Er schlägt vor, dieser könne zusätzlich in die einzelnen FSRe gehen,
um sich dort vorzustellen und bittet darum, die bisher fehlenden Informationen über die
Gremienberatung im Internet nachzutragen.

Thorger Jansen (NAWI) stellt die Bedeutung von Vereinbarungen und Wahlen als zentralem Element
der verfassten Studierendenschaft heraus. Während die Frage nach der Wichtigkeit von
915 geschlechtsparitätischen Wahllisten einer subjektiv politischen Natur sei, dienen die Rechtsgrundlagen
und gemeinsam festgelegten Formvorschriften als objektiver Bezugspunkt für die hochschulpolitische
Arbeit der gewählten Vertreter. Es sei daher zu erwarten, dass sich ein hochschulpolitischer Amtsträger
– sofern er die einschlägigen Rechtsvorschriften nicht selbst kenne – über diese informiere oder die
Hilfe anderer Personen suche, um sich von diesen über die Inhalte der Vorschriften beraten zu lassen.
920 Eine rechtlich korrekte Arbeitsweise sehe er als Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in
der Hochschulpolitik an.

Robin Wegener (GRAS) erklärt, er habe am Ende der Aufstellungsversammlung ausdrücklich darauf
hingewiesen, dass die Wahl eine nicht geschlechtsparitätische Wahlliste ergeben habe. Er warnt davor,
zukünftig die Geschlossenheit der studentischen Statusgruppe bei den Senatswahlen zu bewahren.

925 Rene Adiyaman (GRAS) wünscht sich eine weitergehende Recherche nach der Rechtslage für die
Einreichung der Senatslisten. Zudem betont er, die zuvor angeführte Nachfrist, die Robin Wegener
(GRAS) zur Verfügung gestanden haben solle, um die rechtlichen Fragen weiter zu klären, sei aus seiner
Sicht in der fraglichen Situation nicht entscheidend gewesen, da mangels konkreter Ausführungen aus
den einzelnen Wahlkreisen zu vorherigen Bemühungen zur Gewinnung von Kandidatinnen auf der
930 Aufstellungsversammlung, keine sachliche Rechtfertigung für die nichtparitätische Listenaufstellung
vorgelegen habe.

Patrick Walkowiak (NAWI) entgegnet, die Nachfrist hätte Robin Wegener (GRAS) unter Umständen
die Möglichkeit geboten, die Änderungen, welche er ohne Not schon vor der erstmaligen Einreichung
des Wahlvorschlages vorgenommen habe, nach dieser Einreichung vorzunehmen. Auf diese Weise wäre
935 es möglich gewesen, zunächst die Liste in der demokratisch festgelegten Reihenfolge einzureichen und

nur im Falle einer Zurückweisung der Liste durch den Wahlleiter diese unter Vornahme der von Robin Wegener (GRAS) für notwendig gehaltenen Änderungen erneut einzureichen.

940 Felix Käppel (RCDS) stellt zunächst fest, Robin Wegener (GRAS) zeige ein überdurchschnittliches Maß an Engagement in der Hochschulpolitik. Während Felix Käppel (RCDS) die in dem gegenständlichen Antrag enthaltene Kritik an dem Verhalten Robin Wegeners (GRAS) im Zuge der Listenaufstellung teile, könne man den Vorwurf der Untätigkeit seiner Ansicht nach nicht erheben.

945 Daraus leite er, im Gegensatz zu seinem Vorredner Patrick Walkowiak (NAWI) aber auch eine Erwartung ab, zwar nicht notwendigerweise die Rechtslage zur Listenbesetzung abschließend zu kennen, wohl aber das als relevantes Gesetz bekannte HG NRW zu sichten, wo man bei einem Blick durch das Inhaltsverzeichnis und mit beträchtlicher Erfahrung in der Hochschulpolitik, wie sie Robin Wegener (GRAS) aufweise, schnell darauf aufmerksam geworden wäre, dass der § 11b unter der Überschrift „Geschlechtergerechte Zusammensetzung von Gremien“ bei der Beantwortung der streitigen Rechtsfrage von Bedeutung sein könne. Seinen zentralen Kritikpunkt beschreibt Felix Käppel (RCDS) indes nicht als mangelnde Kenntnis über die Rechtsbegriffe und Feinheiten des Hochschulgesetzes, sondern als das von ihm identifizierte Missverhältnis zwischen der von Robin Wegener (GRAS) vorgetragenen Unsicherheit in Bezug auf die tatsächliche Rechtslage und die mangelnden Bemühungen um eine Klärung der rechtlichen Fragen bei Aufstellung einer nicht paritätischen Liste und der Bestimmtheit, mit der dieser auf der anderen Seite eine nachträgliche Änderung der demokratisch festgelegten Listenreihenfolge eingefordert habe, damit diese der 950 wahrgenommenen oder gewünschten Rechtslage entspreche.

Die zuvor an der Form des gegenständlichen Antrages geäußerte Kritik weist Felix Käppel (RCDS) mit der Begründung zurück, den Antragsteller Talha Demirci (NAWI) auf ein persönliches Gespräch als vorhergehende Maßnahme zu verweisen, sei in der dem Antrag zugrundeliegenden Situation nicht zielführend gewesen, da dieser ja schon kurz nach der Aufstellungsversammlung und ohne vorherige 960 Ansprache durch Robin Wegener (GRAS) vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei. In dem Moment, in dem Robin Wegener (GRAS) durch Drohung gegenüber Hendrik Meinert (NAWI) – der Tatbestand der Drohung sei Felix Käppel (RDCS) zufolge zumindest in einem juristischen Sinn schon durch die Androhung eines bevorstehenden Übels, auf dessen Eintritt der Drohende nach Vorstellung des Bedrohten einen Einfluss habe, erfüllt – die demokratisch festgelegte Reihenfolge der Wahlliste 965 geändert habe, sei der Schaden für den Antragsteller Talha Demirci (NAWI) endgültig eingetreten. Ein Gespräch mit Robin Wegener (GRAS) unter vier Augen hätte also unabhängig von dessen Verlauf für Talha Demirci (NAWI) keine Abhilfe mehr schaffen können. In diesem Moment sei Talha Demirci (NAWI) eine nachträgliche Missbilligung des fraglichen Verhaltens als einzige Möglichkeit verblieben, um das von ihm kritisierte Verhalten Robin Wegeners (GRAS) irgendwie zu sanktionieren. Aus diesem 970 Grund sei es – unabhängig davon, ob man der Antragsforderung zustimme oder nicht – vermessen, den Antrag als solchen als illegitim oder unverschämt darzustellen.

Talha Demirci (NAWI) erklärt, den Antrag zurückziehen zu wollen. Nachdem er die Ausführungen der anderen Seite gehört habe, könne er sich besser in die Situation versetzen, in der sich Robin Wegener (GRAS) vermutlich nach der Wahlversammlung befunden habe. Er gibt an, er wolle sich zunächst noch 975 einmal mit Personen auf seiner Seite der Debatte beraten. Im Ergebnis stimmt er Robin Wegener (GRAS) dahingehend zu, dass eine Einheit der Studierendenschaft im Auftreten gegenüber anderen Statusgruppen an der Universität von großer Bedeutung sei.

Robin Wegener (GRAS) bedankt sich und berichtet, er habe sich bereits in der Vergangenheit Gedanken gemacht, wie man die Gremienarbeit besser koordinieren könne. So habe er zum Beispiel auf einer 980 Sitzung der FSVK im Mai angekündigt, die Sitzungen der Senatsfraktion für Kommissionsmitglieder zu öffnen. Er betont, die effektive Arbeit der Senatsfraktion sei ihm seit langem ein wichtiges Anliegen, um das er sich persönlich sehr bemüht habe. Er sei bereit, diese im Interesse einer listenübergreifenden Interessenvertretung zum Beispiel für den AStA-Vorstand, die SP-Sprecher oder die Sprecher der FSVK zu öffnen, um diese näher an den Prozess der Entscheidungsfindung des Senates zu bringen. Er 985 entschuldigt sich für sein Verhalten im Zuge der Listenaufstellung und gibt an, aus diesen Vorgängen wichtige Lehren gezogen zu haben. Für ihn gelte stets das Prinzip, zuerst die Studierendenschaft, dann die Liste und dann sich selbst bei der Interessenvertretung zu bedenken, was sich auch daran gezeigt

990 habe, dass die GRAS vor der letzten SP-Wahl zwei starke Wahlkämpferinnen in den Wahlausschuss entsandt habe, um die Durchführung der Wahl zu ermöglichen. Er attestiert der Arbeit der Gremienberatung bislang einen Mangel an Transparenz in Abwesenheit einer Webseite und leicht auffindbarer Informationen, begründet dies aber mit mangelnden Ressourcen und begrenzten eigenen Kapazitäten.

995 Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) greift die Problembeschreibung seines Vorredners auf und bietet Robin Wegener (GRAS) an, eine Unterseite der Webseite des SP einzurichten und diese der Gremienberatung als Plattform für Informationen zur Verfügung zu stellen.

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) bekräftigt das Angebot des stellvertretenden Sprechers (Felix Käppel, RCDS) und bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, Robin Wegener (GRAS) zeige an vielen Stellen positives Engagement für die Studierendenschaft und die erfolgte Aussprache solle die Parlamentarier nicht davon abhalten, in der Zukunft auch listenübergreifend zusammenzuarbeiten.

1000 **TOP 14. Plakatiersituation**

1005 Talha Demirci (NAWI) berichtet, im Sommer sei den Angehörigen des Ökologiereferates aufgefallen, dass auf dem Campus verstärkt wild plakatiert werde und es scheinbar keine Durchsetzung klarer Regeln im Zusammenhang mit der Plakatierung gebe. Daher sei vonseiten des Referates darum gebeten worden, dieses Thema im SP zu besprechen, da das unerlaubte Plakatieren und teilweise mehrfache überplakatieren eine Umweltbelastung darstelle.

Die Universität habe infolgedessen eine Regelung erlassen, nach der Plakate auf die vorgesehenen Metallwände angebracht werden könnten, damit die Fassade der Universität nicht als Plakatfläche herhalten müsse.

1010 Marius Haack (FSVK-Sprecher) erläutert, das Thema sei in den FSREN bereits diskutiert worden, woraufhin sich die FSVK-Sprecher:innen an Frau Reinhardt und Herrn Grosche gewendet hätten. Dieser Kontakt habe ergeben, es gebe an der Ruhr-Universität derzeit keine klaren Regeln für den Umgang mit Plakaten. Während es keine ausdrücklich für das Plakatieren zugelassenen Flächen gebe, sei die Universitätsverwaltung faktisch kulant im Umgang mit Plakaten vonseiten des AStA, der FSRE oder anderen hochschulinternen Akteuren. Zukünftig sei geplant, designierte Plakatierwände zur Verfügung zu stellen, da an den Universitätsgebäuden als Baudenkmäler keine Plakate angebracht werden dürften. Parallel zu der Einrichtung dieser Wände wolle die Universitätsverwaltung künftig konsequenter gegen externe Plakatierer vorgehen, indem entsprechende Plakate unverzüglich entfernt und die Verantwortlichen Personen und Organisationen abgemahnt würden.

1020 Auf Rückfrage durch Hendrik Meinert (NAWI) ergänzt Marius Haack (FSVK-Sprecher), dass die Ausarbeitung von Regeln für Plakate und die Planung der Durchsetzung dieser Regeln noch nicht abgeschlossen sei und man insbesondere in Bezug auf den Umgang mit hochschulinternen Akteuren noch keine konkreten Regeln vonseiten der Universitätsverwaltung oder innerhalb der Studierendenschaft festgelegt habe. Er bezweifelt zudem, dass Sanktionen für das Überplakatieren zwischen Fachschaftsräten notwendig werden würden, da dies überwiegend kein Problem an der Universität darstelle.

1025 Talha Demirci (NAWI) bedankt sich bei den FSVK-Sprecher:innen für die bisherigen Bemühungen in dieser Angelegenheit und schlägt vor, das Thema in einen Ausschuss zu verlegen. Marius Haack (FSVK-Sprecher) entgegnet, man könne das Thema alternativ auch außerhalb eines Ausschusses behandeln und zum Beispiel auf dem auf der Sitzung vorgestellten „Runden Tisch“ besprechen.

1030 **TOP 15. Verschiedenes**

Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) bittet darum, versandte Terminumfragen auszufüllen, um Sitzungstermine zu finden, zu denen möglichst viele Parlamentarier erscheinen können.

1035 Der stellvertretende Sprecher (Felix Käppel, RCDS) verliest einen ihm von Ugur Ince (IL) über den Zoom-Chat zugesandten Beitrag, da dieser angibt, technische Probleme zu haben. Der Beitrag lautet:
1040 „Ugur Ince stellt die Frage, ob und wie der Wechsel der RUB-E-Mail-Adressen erfolgt. Dies sollte doch dieses Jahr stattfinden (?). An welcher Stelle können wir uns als Studierende informieren? Im Senat erfrage ich das gerne ab Oktober selbst. Jetzt bin ich erstmal hier mit meinem Anliegen.“ Maximilian Gravendyk (GRAS) antwortet, er gehöre der IT-Nutzerververtretung und dem IT-Nutzerrat an und wisse daher, dass die Umstellung nicht mehr im Jahr 2022 erfolge und im kommenden Jahr frühzeitig über die Modalitäten der Umstellung Informationen folgen würden.

1045 Maximilian Gravendyk (GRAS) eröffnet, er habe während der Sitzung die Zeit von Wortbeiträgen gemessen um die kumulierte Redezeit von Männern, Frauen und Personen des LGBTQIA+-Spektrums zu ermitteln. Dabei hätten seine Messungen ergeben, dass Männer auf der aktuellen Sitzung einen Redeanteil von 53% und Frauen einen Anteil von 3% gehabt hätten, wobei 0,3% der Redezeit von Personen eingenommen worden sei, die dem LGBTQIA+-Spektrum angehörten.

1050 Thorger Jansen (NAWI) bittet darum, zukünftig eventuelle Kritikpunkte an der Zitierweise oder Art der Wiedergabe von Wortbeiträgen innerhalb des Protokolls der SP-Sitzung vorab schriftlich einzureichen, da die mündliche Beratung von Anmerkungen zu diesem Thema sehr zeitintensiv sei. Zudem wundert er sich über die hohe Relevanz, die die Redner als Personen scheinbar für Maximilian Gravendyk (GRAS) einnahmen und hinterfragt zudem dessen Zuordnung der anwesenden Parlamentarier zu den von ihm genannten Kategorien. Für ihn stünden die Inhalte der Redebeiträge im Vordergrund vor den jeweiligen Personen, die diese Beiträge geäußert hätten. Er empfiehlt, die Mühe für die Erhebung derartige Statistiken zukünftig stattdessen in die Beratung der gegenständlichen Inhalte zu investieren.

1055 Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) merkt an, da bei der derzeitigen Sitzung deutlich mehr Männer anwesend seien, sei ein mehrheitlicher Redeanteil von Männern zu erwarten. Robin Wegener (GRAS) wirft daraufhin ein, man könne sich dennoch Gedanken machen, weshalb mehr Männer als Frauen anwesend seien.

1060 Der Sprecher (Patrick Walkowiak, NAWI) stellt gemäß § 12 Abs. 2 der Satzung in Verbindung mit § 14 Abs. 3 GO-SP die Beschlussunfähigkeit der Sitzung fest und erklärt daher die Sitzung um 20.00 Uhr für geschlossen.

Für das Protokoll

Felix C. Käppel

stellv. Sprecher des
Studierendenparlaments